

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktags. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 24.—29. Sept. 15 000 000 M. freibleibend. Einzelverkaufspreis 2 500 000 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.
 { 926 nur Geschäftsstelle.



Anzeigengebühr für die achtgespaltene Zeile über deren Raum 4000000 Mark, auswärtige Grundpreis 150 M. mal Schriftszahl d. D. Z. B., Veramml., Arbeits- u. Wohnungsanzelg. 3500000 M., Reklamen 10 000 000 M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
 { 905 nur Redaktion.

Lübecker

Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 227.

Freitag, 28. September 1923.

30. Jahrgang.

Ausnahmezustand gegen Ausnahmezustand.

Noch immer ist die durch den Ausnahmezustand geschaffene Lage reichlich unklar. Besonders die Verhältnisse in Bayern sind keineswegs übersichtlich. Ist Kahr Diktator oder der von Gessler ernannte Lossow? Auch über die tieferen Gründe des sehr eigenartigen Beschlusses der Reichsregierung liegen die widersprechendsten Erklärungen vor. Wir beschränken uns deshalb für heute darauf, den ausführlichen Bericht des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes wiederzugeben.

Berlin, 27. September 1923.

Die Verhängung des Ausnahmezustandes über das ganze Reich kam bei dem Teil der Bevölkerung, der die Ereignisse nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit verfolgt, zunächst eine falsche Vorstellung erwecken: als werde nämlich der unmittelbare Ausbruch von Unruhen in sämtlichen Gebietsteilen befürchtet. So aber liegen die Verhältnisse gegenwärtig nicht. Die Entstehung der Regierungsverordnung zeigt, daß sie als

Notmaßnahme gegen das bayerische Sonderverhalten entstanden ist. Nachdem nämlich die bayerische Regierung von sich aus den Ausnahmezustand für Bayern erklärt, Herr Kahr zum Diktator gemacht und ihm die Reichswehr unterstellt hatte, war die spezielle bayerische Gefahr in ein neues, akutes Stadium getreten. Denn mag auch Herr Kahr bis zu einem gewissen Grade in persönlicher und sachlicher Gegnerschaft zu Hitler stehen, so ist er doch andererseits ein so ausgeprägter Vertreter des reaktionären bayerischen Separatismus, daß seine Vollzugsgewalt keinerlei Gewähr für die Anwendung der staatlichen Machtmittel Bayerns im Sinne und Geiste der Verfassung geboten hätte. Durch die allgemeine Verhängung des Belagerungszustandes ist Herr Kahr diese Gewalt entzogen und dem Kommandeur der bayerischen Reichswehr, General von Lossow, übertragen worden. Und da nach dem dem Urteil unserer bayerischen Genossen die Reichswehr immerhin den relativ zuverlässigsten staatlichen Machtfaktor für die Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Zustände in Bayern darstellt, so ist durch die Verhängung des allgemeinen Ausnahmezustandes immerhin die bayerische Gefahr um einiges abgedämpft worden.

Dies ist der Vorteil. Der Nachteil besteht darin, daß zur Erreichung dieses Zweckes auch für das übrige Deutschland der Ausnahmezustand verhängt werden mußte. Das ist eine Unbequemlichkeit, die aber keine unmittelbaren schlimmen Folgen zu haben braucht, wenn bei der Handhabung des Ausnahmezustandes genügend in Berücksichtigung gezogen wird, daß mit Ausnahme Bayerns und einiger örtlicher Unruhen oder Bedeutung die Bevölkerung überall ein Maß von Besonnenheit und Ruhe an den Tag legt, das angesichts der schwierigen Gesamtumstände als doppelt erfreulich bezeichnet werden muß.

Dafür zu sorgen, daß der Ausnahmezustand nicht als drückend empfunden wird, daß alle überflüssigen Unbesonnenheiten, Schikanen und Provokationen vermieden werden, wird Aufgabe unserer Genossen in der Regierung sein. Jedenfalls ist eine dreiste Verdrehung der Tatsachen, wenn die deutschnationale Presse es so darstellt, als erkenne mit der Verhängung des Ausnahmezustandes die Regierung die wilde Erregung der Bevölkerung über die Aufgabe des passiven Widerstandes an. Eine solche Erregung hat sich — ausgenommen Bayern, wo sie künstlich geschürt wurde — nirgends gezeigt, und die Regierung wird in ihrem eigenen Interesse alles zu vermeiden haben, was solche Erregung rechtsradikaler Elemente oder auch der skrupellosen Hege der Kommunisten überflüssige Nahrung gibt.

Aus diesem Grunde ist es zu begrüßen, daß die überragende Machtfülle, die der Militärgewalt durch die Verhängung des militärischen, nicht des zivilen Ausnahmezustandes eingeräumt wird, ein Gegengewicht erhält in der Beisehung von zivilen Regierungskommissaren. Der zivile Ausnahmezustand hätte den Zweck gegen Bayern nicht erreicht, Herrn Kahrs Diktatur auszuschalten. Selbstverständliche Pflicht und Aufgabe der Regierung ist es, zu Zivilkommissaren nur zuverlässige Republikaner zu bestellen. Ihre Vollmacht muß im Eventualfalle soweit ausgedehnt werden, daß sie unbedingt in der Lage sind, irgendwelchen Unbesonnenheiten mit absolutem Erfolg entgegenzutreten. Die Zivilkommissare können, aber sie müssen nicht ernannt werden und wir erwarten, daß man von dieser Bestimmung nur insoweit Gebrauch macht, als die bayerische Regierung verhindert wird, den als Zivildiktator abgesetzten Herrn Kahr als Zivilkommissar wieder einzuschmuggeln.

Wir Sozialdemokraten sehen in dem Ausnahmezustand kein ideales Mittel gegen Putzke und wir wissen auch, daß er leicht zu einer zweischneidigen Waffe werden kann. Aber es ist nicht zu verkennen, daß die Reichsregierung im gegenwärtigen Augenblick nicht anders handeln konnte, daß sie den militärischen Ausnahmezustand verhängen mußte, um Schlimmeres für das Reich durch eine selbständige Aktion Bayerns zu verhüten. Solange die innere Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten bleibt, werden die staatsbehaltenden Bevölkerungsteile praktisch von der vorübergehenden Außerkräftsetzung bestimmter Paragraphen der Reichsverfassung überhaupt nichts spüren. Die Wehrkreiskommandeure sind von der Regierung angewiesen, äußerste Zurückhaltung zu üben und ohne Aufsehen nur vorbereitende Maß-

nahmen zu treffen, um auf alle Fälle gewappnet zu sein. Viel kann natürlich die Arbeiterschaft dazu beitragen, daß die militärischen Verbände überhaupt nicht in Tätigkeit treten. Sie muß zunächst in ihren eigenen Reihen für Ruhe und Ordnung sorgen und dort, wo die Kommunisten glauben, mit der Weltrevolution durch Verstöße gegen das Gesetz den Anfang machen zu können, ebenso ihren Mann stehen, wie gegen Gewaltangriffe von rechts. Es heißt in diesen Tagen auspassen, aber nicht die Ruhe verlieren und tatbereit zu sein, falls die Republik ruft. Reichen die staatlichen Organe nicht aus, dann wird von dem aktiven Wehrwillen der verfassungstreuen Arbeiterschaft Gebrauch gemacht werden müssen.

Solange die Arbeiterschaft Disziplin wahrt und nach außen unter Verzicht auf das große Theater, das wir den Kommunisten überlassen, zeigt, daß sie Gewehr bei Fuß steht, haben wir keine großen Befürchtungen um den Bestand der Republik. In dem großen Maul eines Adolf Hitler, das ihn und seine Gefolgschaft infolge geistiger Minderwertigkeit allein auszeichnet, sehen wir keine Gefahrenmomente für die Verfassung. Und selbst, wenn diese Maulhelden, die schon seit Jahren drohen und die von der Öffentlichkeit viel zu sehr in den Mittelpunkt des Interesses gestellt werden, es wagen sollten, einen Vorstoß gegen die Republik zu unternehmen, dürften sie schnell versinken, daß die Macht des Staates und die Kraft der Arbeiterschaft größer ist, als sie sich träumen lassen. Das ist unsere Zuversicht in diesen Tagen der äußeren Bedrückung.

*

München, 27. September. (Drahtber.)

Durch die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten, die dem Reichswehrminister die vollziehende Gewalt in ganz Deutschland erteilt, sind die von der bayerischen Regierung getroffenen Maßnahmen überflüssig. Bayern konnte zweifellos auf Grund des Art. 48 Abs. 4 „einstweilige Maßnahmen bei Gefahr im Verzug“ ergreifen. Sie muß jedoch die Ausnahmeverordnung aufheben, nachdem inzwischen eine endgültige Regelung durch den Reichspräsidenten für das gesamte deutsche Reichgebiet erfolgt ist. Der Reichspräsident wird deshalb die bayerische Staatsregierung in Uebereinstimmung mit dem Gesamtkabinetts ersuchen, die speziell für Bayern erlassene Ausnahmeverordnung aufzuheben. Diefem Ersuchen dürfte eine ausführliche Begründung beigegeben werden.

Inzwischen ist der Kommandeur des Wehrkreises Münchens, General Lossow, mit dem Vollzug der Gewalt in Bayern von der Reichsregierung beauftragt worden.

Die militärischen Inhaber der Vollzugsgewalt.

Berlin, 27. September.

Der Reichswehrminister hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September die vollziehende Gewalt auf folgende Militärbefehlshaber übertragen:

- General von Dassel für den Bezirk des Wehrkreises I (Ostpreußen, Rest Provinz Westpreußen),
- General von Ziemer für den Bezirk des Wehrkreises II (Pommern, Schleswig-Holstein, Grenzmark, Westpreußen, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, oldenburgischer Landesteil, Eutin, Großhamburg, Lübeck),
- General von Horn für den Bezirk des Wehrkreises III (Brandenburg, Niederschlesien, Oberhessen, Grenzmark Posen),
- General Müller für den Bezirk des Wehrkreises IV (Sachsen ohne Regierungsbezirk Erfurt, Freistaat Sachsen, Anhalt, braunschweigischer Landesteil Calvörde),
- General Reinhardt für den Bezirk des Wehrkreises V (Hessen-Nassau, Regierungsbezirk Erfurt, Hessen, Thüringen, Baden, Württemberg, Hohenzollern),
- General v. Lossow für den Bezirk des Wehrkreises VI (Hannover, unbefestigte Westfalen, unbefestigte Rheinland, Braunschweig, Oldenburg, Bremen, Lippe-Deimold, Schaumburg-Lippe),
- General von Lossow für den Bezirk des Wehrkreises VII (Bayern).

Am Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern hat der Reichswehrminister

zu Regierungskommissaren ernannt:

- Dr. Siehr, Oberpräsident, für das Gebiet des Wehrkreises I, Hartwig, Mitglied des Landtages, für den Bezirk des Wehrkreises II,
- Richter, Polizeipräsident von Berlin, für den Bezirk des Wehrkreises III,
- Gronowski, Oberpräsident, für den Bezirk des Wehrkreises VI.

Kahr oder Lossow?

SPD. München, 27. Sept. (Eig. Draht.)

In einem offiziellen Kommentar der „Bayerischen Staatszeitung“ heißt es: „Der Name Kahr bedeutet seit langem schon einen Mittel- und Sammelpunkt für die vaterländisch gesinnten

Kreise in Bayern, die gewillt sind, auf dem Boden des Rechts und der Verfassung zu bleiben, die rechtmäßige national gerichtete Regierung im Kampfe gegen Gewalt und Umsturz, von woher immer er kommt, zu unterstützen und ihr zur Erreichung der Ziele, die Gemeingut aller vaterländisch Gesinnten sind, zu helfen. Man braucht nicht des Glaubens zu sein, daß heute der 7. November 1918 sei, daß morgen oder in den nächsten Tagen schon entfesselte Leidenschaften zu unüberlegten Taten und Putzschritten führen müßten. Aber eine Regierung, die regieren und vorsehen will, kann nicht warten, bis drohende Gefahren Ereignisse geworden sind und in ihrer Entwicklung über Regierungsgeschäfte hinweggehen. Die bayerische Staatsregierung hat mit ihren Maßnahmen dem Volke bewiesen, daß sie von der festen Absicht beseelt ist, allen Gefahren für Ordnung und Sicherheit in Bayern, für den Bestand des Staates und des Reiches mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln entgegenzutreten.“

Die „Vaterländischen Kampfverbände“ unter der Leitung Hitler-Ludendorff weisen etwa eine Stärke von 40—50 000 Mann auf. Ihr Oberkommandant ist der Oberleutnant Kriebel. Die Tapferkeit dieses Oberkommandanten ist zweifellos eine unerbauhte Größe. Er ist während des Weltkrieges ab August 1914 nur in Stabsstellungen tätig gewesen. Es wird aber bereits ein Nachfolger für ihn genannt, der Oberleutnant H. v. Kitzling. Eine Gesamtsumme der vaterländischen Kampfverbände ist der politische Bevollmächtigte der Verbände, ein Herr v. Scheubner-Richter, der bis zum Schluß des Weltkrieges ein kleiner Beamter im Auswärtigen Amt war. Er hat es dann aber nicht verschmäht, den „November-Verbrecher“ alsbald seine Dienste aufzudrängen. Heute streut er die Behauptung aus, er sei in Riga deutscher Gesandter gewesen. Das ist unklar. Wahr ist, daß er heute nicht nur Bevollmächtigter der bayerischen Faschisten ist, sondern seit 1920 auch Vertrauensmann der zaristischen Russen. Er arbeitet eng zusammen mit dem früheren russischen Botschaftsrat Nemirovitch-Dantschenko und hat mit ihm zusammen die „Wirtschaftspolitische Vereinigung für den Osten“ (e. V.), ferner den „Aufbau-Verlag G. m. b. H.“ und den „Aufbau-Wirtschafts-Dienst G. m. b. H.“, die zusammen einen Ring bilden, gegründet. 1921 gründete er mit besonderer Förderung durch den damaligen Polizeipräsidenten Böhrner die deutsch-russische Vereinigung „Brücke“. Er hatte auch an der Abhaltung des 1921 in Reichshall einberufenen russischen-monarchistischen Konferenzes wesentlichen Anteil. Am Donnerstag früh war er der Wortführer der Kampfverbände in der Besprechung mit Kahr. Hitler war nicht erschienen. Verbindungsmann zu den Nationalsozialisten war seit langem der Russe Rosenbergh, Architekt aus Regal. Rosenbergh, seinem Aussehen nach typisch lettischer Abkunft, hat noch 1918 sehr gebrochen deutsch gesprochen. Heute ist er Hauptkrisenleiter des „Völkischen Beobachter“.

Bayern ruhig.

SPD. München, 27. September. (Eig. Drahtber.) (Abends 7½ Uhr.)

Der Verlauf des Donnerstag war in München allgemein ruhig. Die Reichswehr und Polizei hat die Gebäude der Behörden stark gesichert. Abends waren die Straßen lebhaft beleuchtet, ohne daß es bisher zu irgend welchen Zwischenfällen gekommen wäre. Die Anhänger Hitlers machten bis jetzt keinen Versuch, die 14 Versammlungen trotz des Verbotes abzuhalten.

Aus Nürnberg wird uns von der Parteiorganisation folgendes Telegramm übermittelt: In Nürnberg ist alles ruhig. Ernst Leute sehen keinen Anlaß zu Befürchtungen in den nächsten Tagen. Nach unseren Informationen wird das gleiche für München zutreffen, trotz pessimistischer Auffassungen, die wohl unbegründet sind.

Hitler der Selbstbewusste.

M. München, 28. September.

In seinem Blatt „Der Völkische Beobachter“ veröffentlicht Hitler folgende zwei Schreiben an Kahr: „Ew. Exzellenz! Wie ich soeben aus Pressemeldungen ersehe, sollen die für heute angesetzten 14 Versammlungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Vaterländischen Kampfverbände verboten sein. Ich lege als Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und als politischen Leiter des Deutschen Kampfbundes gegen diese erste gegen die deutsche Freiheitsbewegung gerichtete Tat Ew. Exzellenz als Generalstaatskommissar härtesten Protest ein.“

Auf Ew. Exzellenz Ersuchen um Stellungnahme des Deutschen Kampfbundes zu Ew. Exzellenz als Generalstaatskommissar habe ich die Ehre, Ew. Exzellenz als politischer Leiter des Kampfbundes mitzuteilen: Die Stellungnahme des Deutschen Kampfbundes zu den großen Fragen der Partei ist in seinen Kundgebungen vom 1. und 2. September in Nürnberg niedergelegt. Unsere Stellung zum Generalstaatskommissar ist abhängig von der Haltung, die der Generalstaatskommissar diesem gegenüber einnimmt. Wir stellen fest, daß die Ernennung des Generalstaatskommissars ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Deutschen Kampfbund erfolgte.

ges. Adolf Hitler.

Dollar 170 000 000.

Sachsens Protest.

SPD. Dresden, 27. Sept. (Eig. Draht.)

Die Landesinstanzen und Landtagsfraktion der SPD. Sachsens haben am Donnerstag folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Die Reichsregierung hat den Ausnahmezustand über das ganze Reich verhängt. Nach den bisher vorliegenden Meldungen richtet sich diese Aktion gegen alle Bestrebungen, die sich gegen den Bestand des Reiches und der Republik aus Anlaß der Beendigung des Ruhrkampfes wenden. Die Sozialdemokratie tritt mit aller Entschiedenheit für die Einheit des Reiches und für die Erhaltung der Republik ein. Sie kämpft daher auch staatlich gegen alle separatistischen Bestrebungen.

Vom dem Ausnahmezustand ist auch Sachsen betroffen. Landesarbeitsauschuss und Fraktion sind sich einig, daß die sächsische Regierung die Gewähr dafür bietet, daß die Republik erhalten und Ruhe und Ordnung gewährleistet werden. Sie sind daher der Auffassung, daß die Verkündung des Ausnahmezustandes über Sachsen nicht erforderlich war. Die Bedenken gegen diese Handlung werden noch dadurch gestärkt, daß die vollziehende Gewalt in Sachsen ausschließlich der Reichswehr übertragen worden ist, während für Preußen ein Zivilkommissar ernannt wurde. Die bezeichneten Parteinstanzen fordern daher, daß auch für Sachsen ein Zivilkommissar bestimmt und dieser Posten mit einem Mitglied der sächsischen Regierung besetzt wird. Landesarbeitsauschuss und Fraktionsvorstand werden daher beauftragt, sofort und mit allem Nachdruck auf die Ernennung eines Zivilkommissars für Sachsen hinzuwirken.

Der Landesarbeitsauschuss und die Fraktion halten es für ihre Pflicht, die Parteigenossen auf den bitteren Ernst der politischen Situation aufmerksam zu machen. Wenn auch die Reichsregierung die Republik durch die Verkündung des Belagerungszustandes zu sichern gedenkt, so darf doch nicht verkörnt werden, daß trotz alledem die Gefahr für die Republik so groß ist, daß sie die größte Wachsamkeit und den entschlossensten Kampfeswillen der Arbeiterschaft erfordert. Ausdrücklich muß betont werden, daß unter dieser Situation die Geschlossenheit und Schlagfertigkeit der Partei von größter Bedeutung sein wird. In diesem Kampf muß die SPD. die Führung haben. Es ist daher unbedingt notwendig, daß die Parteigenossen nur den Parolen der Partei folgen.

Der Bezirksauschuss Sachsen des ADGB. schloß sich dieser Erklärung an.

An die Partei!

Deutschland steht vor schwersten außen- und innenpolitischen Entscheidungen. Der passive Widerstand, den die Bevölkerung des Ruhrgebietes neun Monate lang gegen fremde Gewalt aufrecht erhalten hat, mußte abgebrochen werden. Außenpolitisch steht die Reichsregierung, in der die sozialdemokratische Partei vertreten ist, vor den Entscheidungen über die Herbeiführung vertragsmäßiger Zustände in dem besetzten Gebiet und vor der Verhandlung von Vorschlägen zur Lösung der Reparationsfrage. Innenpolitisch bereite die Regierung Maßnahmen vor, die uns wieder zu geordneten Verhältnissen führen sollen.

Selten hat das deutsche Volk vor so schwerwiegenden Entschlüssen gestanden wie in diesen Tagen. In dieser Zeit aber, in der alle, die zu Volk und Staat halten, alle Kräfte sammeln müssen, um denen zu helfen, die die deutsche Republik und die deutsche Wirtschaft vor dem Verfall bewahren wollen, legen die Reaktionen aller Richtungen zu einem Stoß gegen die deutsche Republik an. In München, seit langem Sammelpunkt aller in Nationalismus weiterführenden großdeutschen Militaristen und blauweißen Partikularen, hat die bayrische Regierung wegen der drohenden Gefahr des Bürgerkrieges Herrn von Kahr, einen ausgesprochenen Feind der Sozialdemokratie, zum Generalkommissar ernannt und Verfügungen erlassen, die in die Befugnisse des Reiches eingreifen. Die Reichsregierung hat zur Wahrung von Recht und Verfassung ihre Maßnahmen getroffen. Sie hat über das Reich den Belagerungszustand verhängt. Die Reichsregierung wird gegen jeden, der Ruhe und Ordnung der Republik zu stören versucht, ihre Machtmittel anwenden. Wir müssen wünschen, daß ihr das voll gelingt. Denn niemand würde die deutsche Republik für gefestigt halten, wenn

sie nicht den Beweis lieferte, daß sie derer Herr wird, die ihren Bestand gefährden.

In Bayern geben die Reichsradikalen das Signal. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in den nächsten Tagen die „völkischen“ Volksverbände auch in anderen Teilen des Reiches ihr zersetzendes Werk zu beginnen versuchen. Die Parteigenossen haben diesen Bestrebungen ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken. In gewohnter Disziplin müssen sie bereit sein, zu folgen, wenn die Partei sie ruft. Aber auch nur, wenn die Partei sie ruft! Die Parteileitung wird in steter Fühlung mit der Reichsregierung und mit den Organisationen bleiben, die bereit sind, die Republik zu schützen. Deshalb muß jede Sonderaktion unbedingt unterbleiben. Jedes Gegeneinanderarbeiten muß unter allen Umständen vermieden werden. Es gilt, Disziplin zu üben. Nur so wird es möglich sein, den Ansturm der Feinde des heutigen Staates abzuwehren.

Die Arbeiterklasse wird die deutsche Republik zu verteidigen wissen, sobald der Ruf der Partei an sie ergeht. In diesem Sinne heißt die Parole: **Bereit sein!**

Berlin, 27. September 1923.

Der Vorstand der S. S. P. D.
Der Vorstand der Reichstagsfraktion.

Reichstag.

Berlin, 27. September.

Die erste Sitzung der Wintertagung des Reichstages, die ursprünglich auf Donnerstag 3 Uhr anberaumt war, verzögerte sich durch die Beratung des Kalkulationsauschusses. In ihm hatten die Parteien der äußersten Rechten und der äußersten Linken Anträge gestellt in der Plenarsitzung sofort in eine politische Aussprache einzutreten. Da der Kalkulationsauschuss zu keiner einheitlichen Stellungnahme der Parteivertreter kam, überließ man die Entscheidung dem Plenum des Reichstages. Die Plenarsitzung eröffnete

Präsident Voeb

um 5 1/2 Uhr abends, indem er unter starkem Beifall des Hauses der Hoffnung Ausdruck gab, daß es einer starken Reichsgewalt, geführt auf das Parlament, gelingen möge, alle Anstürme zurückzuweisen, die gegen die einige deutsche Republik gerichtet sind, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Ueber eine Stunde währte dann die Geschäftsordnungsdebatte über die Anträge der Deutschvölkischen, der Deutschnationalen und der Kommunisten, die eine Aenderung der Tagesordnung bezweckten, um eine politische Aussprache in der ersten Sitzung des Reichstages zu erzwingen. Genosse Hermann Müller betonte für die Sozialdemokraten, daß auch unsere Partei in kürzester Frist eine politische Aussprache wünsche, damit die große Mehrheit des Parlaments den Beweis liefern könne, daß sie bei der schwereren bevorstehenden Entscheidung hinter der Reichsregierung stehe. Auch über die Rechtmäßigkeit der bayrischen Ausnahmeverordnung, die er für durchaus unangebracht halte, müsse ausführlich gesprochen werden. Beide Debatten, die über die Ausnahmeverordnung und die über die allgemeine politische Lage, mußten verbunden werden und als Tag für diese Aussprache sei der Dienstag in Aussicht genommen. Der Kommunist Thomas und Lebeschou verlangten eine Aussprache über die Aufhebung der bayrischen Ausnahmeverordnung, während der Kommunist Stöcker sich das Recht anmaßte, als „Vertreter der Arbeiterschaft des besetzten Gebietes“ Protest zu erheben gegen den Beschluß der Reichsregierung auf Aufhebung des passiven Widerstandes. Zehn tausende von Arbeitern seien im Ruhrgebiet bereits in den Generalstreik gegen die Aufhebung des passiven Widerstandes getreten. Die Anmachungen des Deutschvölkischen von Graefe, sich ebenfalls als Wortführer der Bevölkerung der besetzten Gebiete aufzuspielen, wies der Zentrumsführer Dr. Marx als Vertreter der härtesten Partei des Rheinlandes und des Ruhrgebietes scharf zurück. Graefes Freunde im alten Preußen hätten die Rechte des Rheinlandes, die sie jetzt zu vertreten behaupten, mit Füßen getreten. Im übrigen traten die Vertreter der bürgerlichen Mitte für Beibehaltung der vorgelegenen Tagesordnung ein, und als es schließlich zur Abstimmung kam, fielen die Anträge

der äußersten Rechten und Linken unter den Tisch und das Haus trat spät abends in die Beratung der eigentlichen Geschäftsordnungsgegenstände ein.

Das Gesetz über die vorübergehende Aufhebung der vierteljährlichen Gehaltszahlungen für die Beamten wurde in erster und zweiter und anschließend auch in der dritten Lesung gegen die Stimmen der Deutschnationalen mit mehr als zwei Drittel der Anwesenden in der Ausschlußsitzung angenommen, ebenso die Ausschlußsitzungen über halbmonatliche Zahlung der Teuerungszuschläge und über Gleichstellung der Ruhegehaltsempfänger mit den Beamten. Debatteles wurde darauf noch der dritte Nachtrag zum Reichshaushalt, der eine Ausgabe von weiteren zehn Billionen Mark Schahanweisungen vorsieht, angenommen. Nach Erledigung einiger kleiner Gesetzesveränderungen vertagte sich das Haus um 7 Uhr abends auf Freitag nachmittag 4 Uhr; kommissarische und deutsche Anträge auf Aufhebung der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten und der bayrischen Regierung werden wiederum Gegenstand der Debatte sein.

Der Abbau des Ruhrwiderstandes.

Die offizielle Mitteilung.

Der Reichskanzler hat am Donnerstag die Botschafter der Entente-Regierungen empfangen, um sie über den von der Regierung angeordneten Abbau des passiven Widerstandes offiziell zu unterrichten. Ob die Regierung darüber hinaus bereits in den nächsten Tagen ein offizielles Angebot zur Regelung der Reparationsfrage an die Reparationskommission macht, unterliegt noch der Entscheidung des Kabinetts. In parlamentarischen Kreisen der Linken ist die Auffassung vorherrschend, daß die schnelle Behebung des Botschafteramtes in Paris und Brüssel zur Einleitung von Verhandlungen über die Wiederherstellung des Ruhrgebietes und die Regelung der Reparationsfrage durchaus notwendig ist.

Jedenfalls muß Frankreich die Entscheidung über diese in der Schwebe befindlichen Fragen schon der Reichsregierung überlassen, wie es ebenso überfällig ist, an den Aufruf des Reichspräsidenten gehässige Kommentare zu knüpfen. Der Aufruf stellt lediglich Tatsachen fest und läßt im Verhältnis zu dem im Ruhrgebiet Geschehenen die richtige Zurückhaltung. Damit muß sich die französische Presse schon abfinden, daß Deutschland sich immer wieder das Recht herausnehmen wird, die Wahrheit zu sagen und Tatsachen ordnungsgemäß festzustellen.

Die Aufhebung der Ruhrverordnungen.

Berlin, 27. September.

In einer Sonderausgabe des Reichsgesetzblattes erscheint heute folgende Verordnung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung über die Aufhebung der aus Anlaß des Ruhrbruchs erlassenen Verordnungen vom 26. September 1923:

Paragraf 1.

Die nachstehenden aus Anlaß des Ruhrbruchs erlassenen Verordnungen werden hierdurch aufgehoben: Verordnung auf Grund des Notgesetzes (Schutz der Finanzen und Währung) vom 16. März 1923, Verordnung auf Grund des Notgesetzes (Schutz der Finanzen und Währung) vom 20. März 1923, Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48, Abs. 2 der Reichsverfassung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßnahmen vom 3. März 1923, Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit vom 17. April 1923, Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. August 1923 auf Grund des Artikels 48, Abs. 2 der Reichsverfassung zur Ergänzung der Verordnung vom 3. März 1923.

Paragraf 2.

Der vorstehende Paragraf tritt mit Wirkung vom 26. September 1923 ab sofort in Kraft.

Die ersten von den Franzosen freigelassenen Gefangenen.

Karlsruhe, 27. Sept.

Wie ein Mitarbeiter der „Karlsruher Zeitung“ aus Karlsruhe berichtet, haben die Franzosen eine ganze Reihe von Deutschen, die in den französischen Gefängnissen inhaftiert waren, sofort nach dem Bekanntwerden des Abbruchs des passiven Widerstandes entlassen und nach Karlsruhe abgehoben.

Der sprechende Film.

Von Willy Möbus.

Wunder über Wunder geschehen in der Technik und noch ist kein Ende abzusehen. Trotz allen Glanzes sind die Erfindungen mit grenzenloser Hingabe an der Arbeit, technische Werte, neue Uebertragungen zu schaffen. Jetzt ist es gelungen, das Problem des sprechenden Films zu einem an Vollkommenheit grenzenden Abschluß zu bringen.

Bis vor kurzem begnügte man sich damit, auf dem Film Rollenstreifen abzubilden, um dem Dirigenten, der Kapelle oder dem Sänger die Möglichkeit zu geben, sich nach den Bildern auf der Leinwand richten zu können. Nie ist hierbei eine befriedigende Uebereinstimmung zwischen Bild und Ton erzielt worden. Vor allem fehlten die Mundbewegungen der Darsteller, die sich nicht dem gehörten Text anschmiegen konnten. Oder man hat rein mechanisch ein gleichzeitiges Arbeiten des Phonographen und des Films erreichen wollen. Auch hierdurch ist kein befriedigendes Ergebnis erzielt worden. Erst die Erfindung des wirklichen sprechenden Films, bei dem der Ton genau so wie das Bild an dem Filmstreifen abgebildet ist, führte nun zu einer auch optisch befriedigenden Lösung. Diesen neuen Weg haben drei Männer: Hans Bogy, Joseph Rastolle und Dr. Joe Engi eingeschlagen. Sie erfindeten in den Glühbirnen der Kernlampe ein tragbares Mittel zur Aufzeichnung des Schalles. Durch diese Stäbchen wird die sie umgebende Atmosphäre für elektrische Ströme leitend gemacht. Der „Kathodophon“ genannte Tonaufnahmegerät besteht aus einem Schalltrichter mit Düsen, hinter dem die Glühbirnen eingebaut sind. Eine Glühlampe (Ultra-Strahlenslampe) nimmt den Schall photographisch auf. Sie verwandelt ihn in elektrischen Strom und überträgt diese durch einen Spalt ununterbrochen auf einen Film, auf dem sie sich als mehr oder minder harte Schwärzungen abzeichnen. Der zur Speisung der Glühlampe verwendete Gleichstrom muß zu diesem Zweck durch einen Widerstandsfaktor um das 100fache verstärkt werden. Ton und Bild werden durch zwei besondere Kameras aufgenommen. Das Tonnegativ wird wie jeder normale Film entwickelt und später auf den Bildstreifen übertragen. Die Uebertragung erscheint als eine feine Linienkette außerhalb der Perforation des Bildstreifens. Die photographischen Töne werden nun durch ein umgekehrtes Verfahren zum Sprechen gebracht.

Das wird durch Vermittlung einer photoelektrischen Zelle erreicht, wie sie bisher schon die Astronomen bei ihren Himmelsaufnahmen verwandten. Die Tonaufzeichnungen auf dem Filmstreifen werden von einer stets gleichbleibenden Lichtquelle bestrahlt, die hinter einem optischen System angeordnet ist. Die mehr oder minder starke Schwärzung des Tonstreifens vermindert oder verstärkt das auftretende Licht, das durch einen Spalt auf den Kaliummetallbelag der photoelektrischen Zelle geleitet wird, die das Licht wiederum in elektrischen Strom umwandelt, dessen Stärke zu den einfallenden Lichtstrahlen in gleichem Verhältnis steht. Ohne jede mechanische Uebertragung gelangen diese Ströme, die wiederum durch einen Röhrenverstärker verstärkt werden, an das „Cathodophon“ genannte, besonders gebaute lautsprechende Telephon, bei dem Eigentöne des Membran unmöglich gemacht sind, so daß eine überraschend reine Wiedergabe der aufgenommenen Töne erfolgt, die genau mit den Bewegungen des auf der Leinwand geworfenen Bildes übereinstimmt. Nur bei den „S“-Tönen zeigte sich eine leise Unklarheit. Bei einer guten Aussprache fiel jedoch auch dieser kleine Mangel weg.

Die Erfinder zeigten am Montag in Berlin das Ergebnis ihrer vierjährigen Arbeiten, die durch mehr als 500 Patente geschützt sind, einem geladenen Kreise. Die Vorführungen verschiedener Art befruchteten in jeder Hinsicht. Musikalische Darbietungen, Reden in verschiedenen Sprachen wurden mit großer Klarheit wiedergegeben. Sehr gut war der Vergleich der Aufnahme eines Klavierkonzertes durch den Film und durch die beste photographische Platte, der die phonographische Wiedergabe als minderwertig erkennen ließ.

Es wird in Zukunft möglich sein, Tonbildaufnahmen aller wichtigen Ereignisse und Personen zu machen, sie zu sammeln und so Szenen der Gegenwart späteren Geschlechtern wirklich lebendig vor Augen zu führen. Es fehlt nur noch die Wiedergabe der Bilder in naturgetreuen Farben. Auch das wird gelöst werden. So werden dann herrliche Menschen durch diese Erfindung wahrhaft unsterblich sein. Man wird sie sehen und sprechen hören, so lange ein intelligentes Menschengeflecht auf unserer Erde heimisch ist.

Strebende Naturlandwirtschaft. Die Urbarmachung der großen Moore in Nordwestdeutschland hat in der Zeit nach dem Kriege überraschende Fortschritte gemacht und weite Landstriche so um-

gestaltet, daß sie gar nicht mehr wiederzuerkennen sind. Wenn die Kulturarbeit noch zwei oder drei Jahrzehnte mit der gleichen Schnelligkeit fortschreitet, dann werden die Moore der Vergangenheit angehören. Es wird hier mitten in Deutschland der Erde neues fruchtbares Land in einer Weise abgewonnen, wie es bisher nur aus überseeischen Kolonien bekannt war. Die Landerschließung geschieht mit allen technischen Mitteln, denn es ist nicht mehr der einzelne Kolonist, der mit seinem Spaten sich ein kleines Stück Land erkämpft, sondern es ist das Spatenunternehmertum, das mit gewaltigen Mitteln und vollkommenen Maschinen das Weidland fruchtbar macht. Die Moore sind also sterbende Naturlandschaften, und so großartig der Kampf des Menschen mit der Natur sich hier entfaltet, so ist es doch zugleich traurig, daß diese majestätischen Zeugen aus ferneren Zeiten der Erdgeschichte verschwinden müssen. Ein anschauliches Bild einer solchen sterbenden Naturlandschaft und ihrer Nutzbarmachung entwirft B. Brandt in den Naturwissenschaften, indem er einen Besuch des Weidmoors in Oldenburg schildert. Von ergreifender Großartigkeit ist die Einjamkeit dieser unübersehbaren bräunlichen Fläche, wie sie die für das Hochmoor so charakteristischen Wasserlöcher, in diesem Falle das „Batzwischen-Meer“, darstellen. Andere Teile des Moors wieder zeigen eine interessante Pflanzendecke, die sich mit zunehmender Ausdehnung des Landes ändert. Am Sante-Ems-Kanal, der Stappellinie der modernen Moorkultur, liegen die ersten Arbeiten ein halbes Jahrhundert und länger zurück; hier sind wie Vorposten der Kultur die jungen Moorböden entstanden, die hüfenweise der Moorwildnis fruchtbareren Nährboden abgewonnen haben. In den erst jüngst bearbeiteten Teilen herrscht ein ganz anderes Bild: „Faulenden Ungetümen gleich bewegen sich plumpe Lorfbagger langsam über den unberührten Boden. Tiefe Gräben aufsteigend, den ausgehobenen Torf zu Boden pressend, diese mittels langer Laufbänder reihenweise zum Trocknen ausbreitend, verwandeln sie die Urlandschaft im Nu in Kulturwüste. Immer sinnreicher gestaltet, erhebt die Maschine zunehmend Menschenkraft, die in diesen wegen der weiten Ausdehnung der Betriebe in größeren Massen erforderlich ist. Diese neuen Kulturpioniere entkommen nicht nur den benachbarten Gesellschaftern wie einst, sondern auch Städten, Häfen, Industriegebieten, wo gerade Ueberfluß an Arbeitskraft ist. Sie sind keine eigentlichen Kolonisten, sondern rasch wehende Gelegenheitsarbeiter, die, in großen, leicht abzurückgehenden und wieder aufzubauenden Parzellen untergebracht, den Baggern von einem Ausbentungsfelde ins andere folgen. Denn noch ist das Moor mitten im Abbau begriffen und, einzelne Punkte ausgenommen, nicht kolonisationsreif. Der Befehl eilt aber der Verfahr voraus: der Kanal wird erweitert, Städtchen sind angelegt worden. Güterwagen und Ewer befördern den neuerdings softbar gewordenen Brennstoff weithin ins Land, ja z. T. wie die sorgfältige Verpackung erweist, in die Häfen zur Ausfuhr über See.“

Es grollt in der Tiefe!

Von Bernhard Krüger, Vorsitzender der SPD-Gesamtkommunikation des UEG-Kongresses-Berlin.

Vorbemerkung der Redaktion: Die nachstehenden Ausführungen eines ersten Arbeiters, dem jede Phrasenhaftigkeit fernliegt, geben wir als ein Symptom der Stimmung in breiten Volksschichten wieder. Die es angeht, mögen daraus lernen!

Offen aussprechen, was ist, ist das erste Gebot der Stunde. Seit Wochen befinden sich unsere Genossen in der Reichsregierung. Ich bin überzeugt, daß sie von den besten Absichten besetzt sind. Wir haben uns zu fragen: Was ist bisher geschehen? Außenpolitisch gesehen bahnt sich die Liquidierung des Ruhrkampfes an. Es ist ein böses Erbe, das die verflozene Regierung Cuno der jetzigen Koalitionsregierung überließ. Ich will nicht untersuchen, ob die Besetzung hätte verhindert werden können. Aber unverantwortlich war die Art, mit der die verflozene Regierung den Ruhrkampf führte. Die Folge davon ist der Zusammenbruch unserer Finanzwirtschaft und die Aussicht auf den völligen Zerfall unserer Volkswirtschaft.

Eine weitere Folge dieser Handlungsweise ist die fortschreitende Entwertung der Mark, die als Folgeerscheinung die ungeheure Teuerungswelle über das Volk gebracht hat. Das Programm, das unsere Genossen aufstellten und zur Bedingung ihres Regierungseintritts machten, war gut. Aber welche Wirkung hat es ausgelöst?

Das Steuerprogramm der Sozialdemokratie wurde vom Reichstag einstimmig akzeptiert. Statt nunmehr aber, angehts der Not des Volkes, sich die herrschende Klasse bereit fand, ihren Anteil an den Lasten mitzutragen, versucht sie mit allen Mitteln, sich der Pflicht zur Tragung dieser Steuern zu entziehen. Nicht nur, daß die Lohnsteuern auf die Warenpreise geschlagen werden und damit wiederum der Konsument zur Tragung der Steuern verurteilt wird, schreitet man offen zur Schließung oder gewaltigen Einschränkung der Betriebe. Dabei wagt man es sogar noch, als Begründung die Unmöglichkeit des Aufbringens der Lohnsummen heranzuziehen. Statt von ihren Gewinnen etwas abzusetzen, wälzt man alles auf die arbeitende Bevölkerung ab. Arbeiter und Angestellte werden entlassen, werden dem Elend der Arbeitslosigkeit überliefert. Trostlos blicken sie in die Zukunft und gehen weiterer Verelendung entgegen. Auf der anderen Seite zieht die besitzende Klasse aus der Not der gesamten Bevölkerung noch weiteren Nutzen. Die Spekulation treibt die tollsten Blüten. Der Dollar steigt stündlich. Den Gewerkschaften ist es nicht möglich, auch nur annähernd einen Ausgleich der Löhne herbeizuführen.

In der Tiefe grollt es! Verzweiflung hat die Arbeitermasse ergriffen. Viele glauben an nichts mehr, es sei denn an einen bösen Willen der Partei- und Gewerkschaftsführer. Nicht nur die indifferente Masse, leider auch sonst besonnene und erprobte Parteigenossen verlieren das Vertrauen. Die Sozialdemokratische Partei muß den Blizabletter für alle Sünden der bürgerlichen Parteien abgeben. Viele Arbeiter in dem Betrieb fragen nicht nach unserer parlamentarischen Stärke, sondern glauben, daß wir durch unseren Eintritt in die Regierung schuldig seien, daß auf der einen Seite das Proletariat immer mehr verelendet, während auf der anderen Seite weite besitzende Kreise schmelzen und prassen können. Mit Vernunftgründen und Hinweisen darauf, daß wir noch nicht die ausschlaggebende Macht besitzen, um so zuzufassen, wie es notwendig ist, kann man den darbedenden Massen nicht kommen. Man rechnet uns vor, wie hoch der Dollar unter Cuno stand und wie hoch er jetzt unter Hilferding steht. Das ist ihre Argumentation, gegen die sich unsere Genossen wehren müssen. Die Arbeiterschaft will sehen, daß, bevor von ihnen Opfer verlangt werden, zunächst jene Kreise dazu gezwungen werden, die noch Ueberfluß haben. Bis jetzt hat die besitzende Klasse noch kein ernsthaftes Opfer gebracht und durch ihr Verhalten die allgemeine Verelendung mitverschuldet. Ihre Habgier geht so weit, daß sie sich unbekümmert darum, welche sozialen Folgen ihr Verhalten nach sich ziehen muß, alles daransetzen, ihre

Profitinteressen zu befriedigen. Sie fragen dabei durchaus nicht nach der Erhaltung der Republik oder sonstiger Heiligtümer, die man dem Volke als unentbehrlich bezeichnet hat.

Mit übermenschlicher Kraft führt die Sozialdemokratie den Kampf um die Erhaltung der Republik, die Einheit des Reiches und den Wiederaufbau der Wirtschaft. Dieser Kampf wird von den Kreisen rechts von uns sabotiert und links von uns nicht anerkannt. Im Gegenteil, auf uns lastet die Verantwortung für all die Dinge, die wir nicht verschuldet, vor denen wir hinreichend gewarnt, die wir auf das heftigste bekämpft haben. Kann die Partei in diesem Stadium es verantworten, Mitglied einer Regierung zu sein, in der sie die Minderheit bildet und die nicht in der Lage ist, die Widerstände der herrschenden Schichten zu beilegen? Gewiß ist die Partei nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Wollen wir aber der Arbeiterbewegung und damit dem gesamten deutschen Volke dienen, ist eine starke Partei unbedingte Voraussetzung. Partei und unsere Parlamentarier sind zur Ohnmacht verurteilt, wenn die Massen den Glauben an sie verlieren. Und sie sind im Begriff, ihn zu verlieren angesichts der skandalösen Zustände im inneren Deutschland, die die Partei mitverantwortlich gemacht wird. Aber was tut sie nun? Die Regierung muß den Mut haben, rücksichtslos durchzugreifen. Tut sie dieses, ist ihr der Erfolg sicher. Tut sie es nicht, so wird sie unter viel schwierigeren Umständen ihren Platz zu räumen haben, als die Regierung Cuno. Alle Privilegien einzelner müssen fallen, und zwar sofort. Die Volksgemeinschaft kann auf einzelne keine Rücksicht nehmen, wenn die Existenz des gesamten Volkes auf dem Spiele steht. Die Landwirtschaft muß zur Ablieferung von Lebensmitteln gezwungen werden, und zwar zu Preisen, die für das Volk erträglich sind. Es muß ja geradezu aufreizend wirken, wie in dieser allgemeinen Not, in der sich die Arbeiterschaft befindet, die Landwirtschaft es wagen kann, die Lebensmittel zum Spekulationsobjekt zu machen.

Die Industrie muß gezwungen werden, die Betriebe zu öffnen. Die Straße muß frei werden von Arbeitslosen. Besteht die Möglichkeit nicht, voll zu arbeiten, so mag die Arbeitszeit auf drei Tage herabgesetzt werden. Der Lohnausfall für die übrigen drei Tage muß den Arbeitnehmern teilweise vergütet werden. Dieses kann geschehen, indem das Reich ein Drittel, der Unternehmer ein Drittel und das letzte Drittel der ausfallenden Lohnsumme der Arbeitnehmer trägt. Wird die Arbeitslosenzahl noch größer, so sind die Folgen für das Reich noch nicht abzusehen. Wir stehen vor einem Winter, der dem Vollarbeiter nicht einmal notdürftig die Garantie gibt, leben zu können. Welche Folgen solcher Situation haben muß, darüber wird sich der einzelne klar sein.

Mit aller Klarheit muß gesagt werden, daß im jetzigen Augenblick nur die alleräußerste Anstrengung uns vor dem Chaos bewahren kann. Glauben die bürgerlichen Parteien, diese Forderungen ablehnen zu müssen, muß die Partei die Verantwortung für das, was kommt, ablehnen.

Die Zeichen deuten auf Sturm. Die Verzweiflung steigt! Kommt es erst zu Verzweiflungsausbrüchen und zur Hunger-

revolte, so gibt es kein Halten mehr, dann wird mit ihrem Ausbruch nicht nur die Arbeiterbewegung vernichtet, sondern auch die Bourgeoisie muß mit ihrer Vernichtung rechnen. Der einmal entflammte Bürgerkrieg wird ungeheure Leiden für das Volk und den Zerfall des Reiches bringen. Dies zu verhindern ist unsere Pflicht. Uebernehmen wir unsere Aufgabe, indem wir uns als Führerin an die Spitze des Proletariats stellen.

Vermischte Nachrichten.

Ein mißglückter Milliardenraub. Aus Königsberg wird gemeldet: Mittwoch vormittag wurde eine Kassiererin der Firma Goldschmidt & Traun im Hausflur des Geschäftshauses von drei jungen Leuten überfallen und ihr die Geldtasche mit 40 Millionen Inhalt geraubt. Die Täter hatten in der Reichsbank beobachtet, wie die Kassierin das Geld in ihre Tasche steckte. Bei der sofort aufgenommenen Verfolgung konnten die beiden Räuber angehalten werden. Es handelt sich um einen Kaufmann und einen Schriftsetzer. Die Geldtasche mit Inhalt wurde bei ihnen vorgefunden.

Das schottische Grubenunglück. Zu dem bereits gemeldeten Grubenunglück in der Nähe von Falkirk in Schottland wird berichtet, daß immer noch 42 Bergleute in der Grube eingeschlossen sind, und daß es kaum möglich sein wird, sie zu retten, da das Wasser in der Grube weiter steigt. Es ist damit zu rechnen, daß die Zahl der Opfer erheblich höher ist.

Blitzschlag in eine Touristengesellschaft. Auf dem Dachstein wurden 18 Touristen, darunter 3 Damen, die während eines heftigen Gewitters eben den Aufstieg angetreten hatten, vom Blitz getroffen und blieben zunächst bewußtlos liegen. Nachdem sie das Bewußtsein wieder erlangt hatten, waren sie zunächst gelähmt und konnten weder Arme noch Beine bewegen. Mehrere Mitglieder der Gesellschaft waren abgestürzt. Einer der Abgestürzten, der Sohn eines Wiener Arztes, blieb länger als eine Stunde kopfwärts am Seile hängen, ohne von den übrigen aus seiner furchterlichen Lage befreit werden zu können. Einer der Touristinnen war der Leib durch das Körpergewicht derart vom Seile eingeschnürt, daß sie große Schmerzen erlitt und verzweifelt um Hilfe schrie. Nach einer qualvoll verbrachten Stunde wurden die schwer Bedrängten von anderen Touristen aus ihrer kritischen Lage befreit. In erschöpftem Zustand langten sie in der Simonyhütte an.

Verantwortlich: Kü: Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Devisen-Kurse.

Berlin, 28. September.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	27. September.	20. September.
Amsterdam	1 fl. 55880000,—	72235000,—
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr. 7381500,—	8977500,—
Kristiania	1 Kr. 22743000,—	29127000,—
Kopenhagen	1 Kr. 32553600,—	32917500,—
Stockholm	1 Kr. 37905000,—	48079500,—
Helsingfors	1 Finn. Mk. 3820425,—	4788000,—
Rom	1 Lire 6483750,—	8079750,—
London	1 £ 648375000,—	822987500,—
Neuyork	1 Dollar 142044000,—	181545000,—
Paris	1 Frs. 8678250,—	10773000,—
Zürich	1 Frs. 25336500,—	32119500,—
Madrid	1 Pesetas 19765000,—	24538500,—
Wien	100 Kr. 199500,—	249875,—
Prag	1 Kr. 4269500,—	5446350,—
Budapest	1 Kr. 7581,—	9578,—

Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens.

Von Leon Frapic.

Autorisierte Uebersetzung von A. M. de Grazia und J. A. und E.

Auf dem Bahnhofe Saint-Lazare wurde der Koffer Sulettes am Boden geschleift, gestürzt, gegen die Eisenpfiler gestoßen; dann lud ihn ein Gepädräger auf die Schulter, schritt bis aufs äußere Trottoir und ließ ihn dort mit heftigem Ruck herab, bevor er ihn brutal auf die Drähte schleuderte.

Jede Erschütterung entlockte dem Koffer loszusagen ein lautes Stöhnen, welches nicht ohne Eindruck auf Sulette blieb. Als Dienstmädchen nach Paris engagiert, kam sie direkt aus ihrer Heimat, und dieses Gepäck war alles, was an Teurem, Persönlichem, Familiärem sie begleitete.

Ihre Herrin, Frau Coton, stieg vor ihr, nach Angabe der Adresse: Rue Saint-Denis, in die Droschke.

Es war im Juni, ein schöner sonniger Tag. Eben schlug's ein. Sofort zogen die weißen Schürzen, wodurch die Dienstmädchen im Farbenspiel der Straße kenntlich, Sulettes Blide besonders auf sich. Die einen begleiteten mit Einlaufnehmen ihre Herrinnen, andre näherten sich den Geschäften oder standen vor den Wagen der Grünwarenhändler. Auf der Rue Auber zeigte sich eine zum Skelett abgemagerte, die mit Anstrengung eine Frau von riesigen Körperformen führte. Der Arm der kolossalen Gebieterin, der das hagere Mädchen wie angeschraubt umschloß, schien der Schlauch zu sein, durch welchen der fleischige Körper so wacker gepumpt und den vegetierenden ausgelassen hatte.

Der Portier trug den Koffer hinauf. Frau Coton wies Sulette an: „Hier ist Ihre Kammer.“

Die sogenannte Kammer war nur ein dunkles Gefäß, welches Luft durch eine Oeffnung nach der Küche empfing; eiserne Bettstelle und weißer Holzstuhl auf der einen Seite bildeten die Möbel. Der Portier fügte den Kofferhocker hinzu, den er mit einem Fußstöß an die Wand drängte.

Herr Coton und drei Kinder waren herbeigeführt, das neue Mädchen anzusehen; sie inspizierten genau die magere Brünette mit ihren achtzehn Jahren, der gesunden Gesichtsfarbe, dem schwarzen und weiß gestreiften Kleid. Sulette hatte „Guten Tag“ gesagt; man erwiderte nichts und sie blieb am Eingang festgewurzelt stehen, indem sie versuchte, das nicht gewürdigte Angebot ihrer Höflichkeit unbefohlen auszuweichen.

Frau Coton hatte ihren Hut in ein Zimmer, dessen Eleganz ein Klavier erhöhte, geschafft. Sie kehrte zu Sulette zurück.

„Gehen Sie in die Küche und verlieren Sie keine Zeit“, fuhr sie dieselbe unfreundlich an. Nehmen Sie eine blaue Schürze an und machen Sie Feuer.“

Fünf Minuten später ein anderer Befehl: „Kommen Sie her und sehen Sie an, wo Bürsten und Besen ihren Ort haben.“

Die Familie Coton bewohnte im dritten Stock, nach dem Hofe, eine Wohnung für achthundert Frank; diese enthielt: Speiseaal, Salon, zwei Schlafzimmer, einen schmalen Gang als Küche, schließlich den finsternen, Mädchenkammer genannten Raum. Die Möbel der Schlafzimmer und des Speiseaales, aus imitiertem Mahagoni, verrieten fast Armut. Der ganze Luxus dieser Einrichtung konzentrierte sich im Salon, wo das Piano der gnädigen Frau, von vier mit gelbbraunem Atlas überzogenen Fauteuils und einem Kanapee flankiert, thronte. Herausfordernde Gardinen, Konsolen, ein Tisch, prozerische Sessel, eine Menge kostspieliger Nippachen bildeten ferner eine Zusammenstellung, die in einer Wohnung von mehreren tausend Frank nicht unpassend gewesen wäre.

Herr Coton, ein Rahlkopf von fünfundsiebzig Jahren, trug eine Brille auf einer großen, verhungert und erstarrten aussehenden Nase; am Kinn sproßte der Bart wie krankes Moos. Frau Coton hatte schöne Augen in ihrem langen und eingefallenen, nervenleidenden Blondinengesicht. Die neun Jahre alte Germaine ähnelte mit dem mageren, blauen Neukern ihrer Mutter. Der fünfjährige Jacques schien sich trotz kläglichen Waden einer guten Gesundheit zu erfreuen. In Anbetracht seiner drei Jahre war der Kopf Friedrichs zu groß.

Sulette erfuhr, daß sie um sechs aufzustehen und frühestens zehn Uhr abends schlafen zu gehen habe, „wenn die Arbeit fertig wäre.“ Sie mußte alles besorgen. Dies „alles“ bestand, ohne Angabe von Einzelheiten, besonders in Sauberhalten der Wohnung, Kleider ausbürsten und Flecken beseitigen, Schuhe putzen, Bereiten der Mahlzeiten, Aufwarten bei Tisch, Kinder pflegen und spazieren führen, im Waschen und Ausbessern des Weißzeugs, Bohnen des Parfekts, Einkäufe besorgen.

Nach dem Frühstück am Tage der Ankunft führten der Herr, die Frau und die drei Kinder Sulette von Zimmer zu Zimmer; alle zusammen gaben ihr um die Wette Arbeit an, zogen sie, besteten sich an sie und, um sicher zu sein, alle nur mögliche Dienstleistung aus dem Mädchen herauszupressen, suchte jedes von rechts und links einen Ausfall der ersten Aufzählung hinzuzufügen: in diesem Zimmer war noch Kupfergeschirr im Stande zu erhalten, im Speiseaal war die Ampel, die viel Fürsorge verlangte, in jener Stube durften weder das Holzgefäß noch die Spiegel verpflegt werden — und im Salon! Aufmerksamkeit im Salon! Ehrwürdig und Hingebung für jedes Möbel des Salons! Schon der Name des Raumes mußte mit einem Akzent von besonderer Wichtigkeit ausgesprochen werden: der „Salon!“ Ferner gehörte das Dienstmädchen speziell dem Herrn für die Arbeit im Keller, der Frau für den Putzfuß, Germaine für deren schon lange Zöpfe, dem Jacques für seine Salen, Friedrich wies sein Nachtgeschirr.

„Es Umacel!“ rief plötzlich Frau Coton. „Schnell binden

Sie die weiße Spitzenchürze vor und öffnen Sie — lassen Sie in den Salon eintreten.“

Der Besucher war der Kassier eines Kreditaufhauses, Frau Coton warf einen bedeutenden Blick ihrem Gatten zu und sagte von oben herab:

„Es ist ein Bote von der Bank da wegen deiner Börsenoperationen.“

Dann wendete sie sich ungeduldig zu Sulette:

„Aber beeilen sie sich doch, diese Schürze abzubinden. Man muß mit der Wäsche sparen. Sie behalten die Schürze niemals um, nehmen sie nur beim Deffnen und, wenn man Sie ruft, beim Hereinkommen in den Salon oder Speiseaal.“

Noch etwas Regelwidriges, zu Selbstschädliches verlegte sie: „Ach!“ brach sie beinahe heftig los. „Sie glauben doch nicht, daß man Sie Sulette nennen wird? Man wird Sie Marie rufen, so heißen alle Dienstmädchen.“

Gegen sechs Uhr legte die Gnädige eine feierliche Miene auf: „Tragen Sie ein schickliches Benehmen zur Schau und holen Sie für zwei Sous Butter, nehmen Sie einen Korb.“

Sulette beickte sich, den Erfolg ihres „schicklichen Benehmens“ in den Schaufenstern zu bewundern.

Die Gemüschhändlerin rief mit erhobenen Armen aus: „Zwei Sous Butter! Ach, Sie sind also bei Frau Coton! In der ersten Stelle. Sie haben's gut getroffen!“

Sie warf Papier auf die Wage und fuhr in bissigem Tone fort: „So steht die Sache: Frau Coton verdient als Klavierlehrerin vielleicht sechshundert Frank jährlich, ihr Mann muß zweitausendvierhundert der Vorkbehörde abfordern; drei Kinder sind da, und man lebt auf großem Fuße. Madame würde sich in ihrer Ehre geschädigt vorkommen, wenn sie in der Wirtschaft zugriffe, und Sie haben Spitzen an der Schürze — auch schickt man für zwei Sous Butter abzugeben.“

Sulette eilte befürtzt, errötend, als wäre sie persönlich beschimpft, hinaus.

Sie erwachte am andern Morgen mit einem üblen Geschmack im Munde, beickte sich, aus ihrem kläglichen Schlafraum herauszukommen und am Küchenfenster Atem zu schöpfen; aber es kam vom Hof nur eine verdäunte Luft ohne Frische. Uebrigens hatte sie nicht die Zeit, sie zu genießen; man rief bereits: „Marie, kommen Sie die Kinder wachen!“

Ein schaler, widerwärtiger Geruch erfüllte die kleine, durch einen Bettstirn gefeilte Kammer.

„Ich verbiete Ihnen, das Fenster zu öffnen!“ schrie Madame.

„Sie wollen sie wohl erkälten?“

Sulette näherte sich dem Bett der Kinder und nahm sie in die Arme.

„Oh!“ sagte die Mutter trocken und hatte dabei das Lachen einer Person, die sich mit Heucheleien nicht anführen läßt, die Kinder bedürfen Ihrer Zärtlichkeiten nicht. Seien Sie bloß höflich und gefällig gegen sie.“

(Fortsetzung folgt.)

Wir sind billig!

**Damen- u. Herrenkonfektion,
Schuhwaren, Textilwaren.**

Eleg. Anzüge, Gammelmäntel,
Hosen, Toppas, Schürzen usw.
elegante Damenkleider, Halbhäute,
schwarz, Strick, Herrenkleider,
Arbeits- und Schaffstiefel,
Kinderkleider, Sandalen, Turn-
schuhe, Pantoffel usw., elegante
Damenmäntel, Hüten, Röcke,
Kamper, Strickjacken, Kleider-
stoffe, Woll-, Frack-, Planelle,
Anzugstoffe, Buckskin, Tulett,
Cheviot, Leinen, Bettin, Ruck-
steuer, Loden und Manchester,
6985) Hemdenknopf usw.

Nach mittlich preiswerte Angebote!

Schlors & Reutwisch

Dollstr. 1. St. Petri 2 u. 4.

Das bekannteste Einkaufshaus
für Arbeiter und jeden Beruf.



**„Der vornehme Mantel“
„Der elegante Herbstanzug“**

für Herren, Jünglinge, Knaben
ist in unserem **Spezial-Haus** groß vorrätig.
Preise stets nach niedrigsten Kursen.

Lübeck, Sandstraße 17-19.



Hokus, pokus
Erdal gibt die Kraft,
Schon glänzen die Schuhe
Zauberhaft.

Erdal

Werner & Mertz A.-G. Mainz

**Ia. Brilleffs, Grindeloffs, geliebte
Braunlothen, Samen- und Buchen-
brennholz**

Johs. Mustin,
Holz- und Kastenhandlung,
Warendorferstr. 11-22. Fernr. 2740

Seifen

Seifenpulver
Bohnerwachs
Schuhcreme
traunend billig im
Seifenhaus
Zihergrube 43.

**Marktballenstand 48.
Leb. Male, Hechte,
Dorsch, Goldbutt
billig.
Kalquappen.
Eggers.**

Prost & Co. Bankgeschäft

Breitestraße 65, I. Fernsprecher 8935/36.
Erledigung sämtlicher Bankgeschäfte.
Giroverkehr
Zeitgemäße Verzinsung auch für (agl.) Geld
Geschäftszeit: Täglich 9-1, 4-5 Uhr.
6992) Sonnabends 9-1 Uhr.

Arbeiter-Schachverein
Am Sonnabend, 29. Sept. 1923:
Ball im Kolosseum
Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr. Der Vorstand.

Moislinger Baum.
Sonnabend, 29. Septbr., Anfang 7 Uhr:
Großer Bunter Abend
unter Mitwirkung des bekannten Chosen-
Klubs sowie Hamburger Künstler.
Gesang - Stimmung - Humor.
6986) **Rudolf Jäde.**

Hiermit bringen wir zur Kenntnis, daß wir ab
Montag, den 1. Oktober 1923 alle unsere
Schalter wieder **Jeden Werktag von 9 Uhr vor-
mittags bis 12 Uhr mittags** geöffnet halten.

Außerdem werden wir vom 1. Oktober 1923 ab
**Aufträge, deren Beträge nicht auf volle
1000 Mark lauten,** nur noch dergestalt ausführen,
daß wir die Beträge auf volle 1000 Mark nach unten
abrunden.

Bei Erteilung von Sammelaufträgen (bei Be-
orderung mehrerer Ueberweisungen auf demselben Vor-
druck, gleichzeitiger Weisung mehrerer Entnahmen oder
gleichzeitiger Einreichung mehrerer Schecks oder Wechsel
zur Gutschrift) erfolgt die Abrundung nicht bei der ge-
samten Summe der Geschäftsvorgänge, sondern bei jeder
einzelnen Ueberweisung, Entnahme oder Rimeffe.

Wir bitten daher, darauf bedacht zu sein, daß im
Scheck-, Wechsel- und Ueberweisungsverkehr die Aus-
schreibung von Beträgen unterbleibt, die nicht reiflos
durch 1000 Mark teilbar sind.

Lübeck, im September 1923. 6965

- Bank für Handel und Gewerbe A.-G.
- Commerz-Bank in Lübeck
- Commerz- und Privat-Bank A.-G. Filiale Lübeck
- Darmstädter und Nationalbank, Komm.-Ges. u.
Akt., Filiale Lübeck
- Direktion der Diskonto-Gesellschaft Filiale Lübeck
- Dresdner Bank Filiale Lübeck
- Hofmann & Co.
- Kreditbank Lübeck e. G. m. b. H.
- Landbank Lübeck e. G. m. b. H.
- Lübecker Privatbank
- Spar- und Anleihe-Bank zu Lübeck
- Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck
- Louis Wolff Commandit-Gesellschaft.

Rohsverkauf

bei der früheren Geniner
Ziegelei findet auch am
Sonntag statt. Eiebe
sind aufgestellt. Säcke
u. Schaufel mitbringen.

**Prima
Rohfleisch,
Knaufwurst,
gel. Wurst,
Leetwurst. (6994)
Marlesgrube 27.**

**Maulwurfs-
Felle**
auch unabhögen,
frisch, sowie alle
anderen Sorten
Felle
kauft zu den besten
Zugpreisen
I. L. Würzburg
Wahmstr. 22a

**Die
Morsen
Juleb**
Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Alt-Eisen, alte Maschinen
Dampfkessel, Art
Dreh- u. Schmiedeseifen,
Späne, Schmelz-
Gießbrüche.
Alt-Metalle,
Kupfer,
Messing, Zink,
Blei, Stah-
niel,
Späne
L. Lissianski,
Kanalsir. 21 Obertrave 19.
Großhandl. Fernspr. 876. Großhandel.

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen
Kolosseum
Heute (6966)
keine Veranstaltung!

**Arb.-Radfahrer-Bund
„Solidarität“
Ortsgruppe Lübeck.**
**Großer Ball
der Gaalmanndahl**
am Sonnabend, dem 29. September 1923 im
Konzerthaus Lübeck,
verbunden mit Schul- und Kunstfreigen, Kunst-
Trio, sowie großem Humoristischem
und Preisrichterlichem.
Kasseneröffn. 6 1/2 Uhr. (6961) Anfang 7 Uhr.
Festkomitee und Saalmannschaft.

**Sie finden
bei (6955)
Walter Griephan & Co.
Huxstr. 74
enorm billig:**
Bettbezugsstoffe, Inletts, Hemdenstücke,
Schürzenstoffe, Kleiderstoffe,
Wäsche, Schürzen, Unterzeuge etc.

Sandstranden für den Landesteil Lübeck.
Zum 24. September 1923 ab ist vom Vor-
stand nach der Verordnung der Reichsregierung
vom 1. September der Höchstgrundlohn auf
96 000 000.- M. heraufgesetzt.
Für die Zeit vom 24. September bis zum
30. September betragen die Tagesbeiträge
für die Sandstranden in der Stadt 1800 000.-
M., für Meßmeren 2 340 000.- M., für
Arbeiterinnen 2 340 000.- M., für Wochen-
löhner 3 510 000.- M., für Gehaltstarbeiter
4 800 000.- M., für Schweißer 5 490 000.-
M., für Hausarbeiter 6 210 000.- M., für
Freiarbeiter u. Meierreidermeister 6 960 000.-
M. Die Beiträge für die Forstarbeiter können
noch nicht bekanntgegeben werden, weil der Lohn
für die laufende Woche noch nicht bekannt ist.
Die Herren Arbeitgeber werden gebeten,
angeforderte Beiträge sowie Abschlagszah-
lungen sofort zu bezahlen, weil es sonst un-
möglich ist, die Zahlungsfähigkeit der Kasse an-
recht zu erhalten.
Lübeck, den 26. September 1923.
Der Vorstand.

BIOPHON
Spielplan vom 29. 9. - 4. 10.
Großes Sittendrama in 5 Akten:
Spigen der Gesellschaft
Katzenjagd
Hugo Flink, Ruth Weyher,
Sophie Pagay.
Ein Spiel von Saurerei und
Dummheit in 6 Akten. (6955)
Infamie.
Ein neues Kriminal-Drama.
Marie Zalenka, Erich Neu-
bürger, Erhard Siedel.
Da werden Weiber zu Gnaden.
Ein reizendes Lustspiel.

**Konsumverein
für Lübeck u. Umgegend
e. G. m. b. H. (6978)**
**Bezirks-
versammlungen**
1. für die Mitglieder der
Warenabgabestelle 80
Siems,
am Sonnabend, 29. Sept.
abends 7 1/2 Uhr
6. Schwarz, Herrenbrücke
2. für die Mitglieder der
Warenabgabestelle 59
Heimstätten,
am Sonnabend, 29. Sept.
abends 7 1/2 Uhr,
bei Volb, Padelügge.
Tagesordnung in beiden
Versammlungen:
1. Die Wirtschaftslage
und unser Konsum-
verein.
Referent: Geschäfts-
führer John und Ge-
tätär Göhr.
Wir bitten unsere
wertvollen Mitglieder drin-
gend, recht zahlreich zu
erscheinen und ihre
Frauen, soweit sie nicht
selbst Mitglied sind, zu
dieser Versammlung mit-
zubringen.
Der Vorstand.

**Friedrich-
Franz-
Halle.**
Sonnabend, 29. Septbr.
und jeden Sonntag:
Tanz.
Wegen der Arbeits-
losigkeit freier Eintritt
und freier Tanz. (6997)

Hansa-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr abends
**Der Gaukler-
könig.**
Operette in 3 Akten
von Jean Gilbert.
B.-K. 15 Mill.

**Volksbühne
zu Lübeck e. V.**
Da die Beteiligung an
unsern Sonntagnach-
mittagveranstaltungen
noch nicht genügt, fallen
die Vorstellungen am
30. September und 7.
Oktober aus. (6970)
Aufnahmen werden
im Sekretariat, Johan-
nisstraße 48, I., entgegen-
genommen.

Gladietheater Lübeck.
Sonnabend, 7 Uhr:
Rosenkavalier (außer
Ab.) Feldmarschallin
- Fr. Winteritz-
Dorda, Stadttheater
Hamburg. Ochs von
Berchenau - Herbert
Stock, Staatsoper
Berlin.
Sonntag, 8 Uhr: Bolle-
bühne. Die Weber.
7,30 Uhr: Wiener Blut.
Sinfonie- u. Stadttheater-
Orchester.
Sonntag, 11 Uhr:
Öffentliche Haupt-
probe. (6964)
Montag, 7 Uhr:
1. Sinfonie-Konzert
m. verstärktem Orch.
D-dur-Sinfonie von
Haydn, G-moll-Sin-
fonie von Mozart,
C-dur-Sinfonie
G-dur-Sinfonie
Einlösung d. Ab.-Karten
a. d. Theaterkasse von
3 bis 6 Uhr.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 27. September.

Die Frau und der Krieg.

In einer Frauenbeilage erteilte unser Teplitzer Bruderblatt, „Freiheit“, einer lübecker Dame, die sich öffentlich als Kriegsfreundin bekannte, eine gründliche Abfuhr. Auch bei uns gibt es genug Frauen, die für den Krieg schwärmen, den sie nicht kennen und der ihre Haut nicht gefährdet. Darum verdient die Antwort des böhmischen Blattes weiteste Verbreitung.

Die Kriegsfreundin. — Wer sonst könnte das sein als eine deutsch-nationale Dame! Antonie Thomas heißt sie, in Prag wohnt sie und im Nordböhmisches Laekblatt, einem Blatte der Partei des Herrn Dr. Lederman, schreibt sie. Sie gebildet, sie weiß, daß die tapferen Germanen von der deutschen Frau zwar unbedingte Heldenverehrung, aber gleichzeitig auch Gefühl verlangen. Und so macht sie vor der Friedensidee eine ierliche, aber nicht zu tiefe Verbeugung, indem sie zugibt, daß es ja gewiß im Bereiche des Möglichen liegt, daß die Entwicklung dahin führt, daß einmal die Streitigkeiten der Staaten auf irgendeine unblutige Weise geregelt werden. Aber da Kriege klug sind, das ist ja, nach der Meinung der sanften Tonia, gar nicht so schrecklich. Blut ist, um ein Beispiel herauszunehmen, in Wien nicht geflossen, hat man aber erzählt, wieviele eines langamen Hungertodes, Unterernährung genannt, dahinstarben, bloß auf Grund des Friedensvertrages von St. Germain en Laye? Wieviele Menschenleben sind in Deutschland der unblutigen Wirtschaftsordnung zum Opfer gefallen, von dem Norden und Westen der Franzosen im Ruhrgebiete ganz zu schweigen. Ist es vielleicht nicht noch grauamer, jemand langsam zu Tode hungern zu lassen, indem man ihm den letzten Biß Brot vom Munde raubt und ihm den Boden, auf dem er steht, unter den Füßen wegzieht, als ihn rasch auf dem Schlachtfelde zu töten? — Ja, liebe Tonia, es ist sicher grauamer, jemand langsam verhungern zu lassen, als ihn rasch zu töten. Aber woher wissen Sie denn, daß auf dem Schlachtfelde immer rasch getötet wird? Haben Sie noch nie gehört, daß Verwundete oft tagelang in den Drahtverhauen hingen, langsam verblutend, verhungert und verdurftend zugleich? Und haben Sie, ahnungsloser Engel, noch nie gehört und gesehen, daß nicht nur getötet, sondern auch verwundet wird? Und daß nicht alle Verwundeten so romantisch aussehen, wie die schönen Jünglinge mit verbundenen Armen, die auf den Familienblätter-Kunstbeilagen der deutschen Badische Augen und Herz erfreuen? Daß es Verwundete gibt, denen das halbe Gesicht fehlt, solche, denen beide Arme oder Beine fehlen, solche, die blind sind — solche, die noch schrecklicher verstümmelt wurden. Freilich, die deutschen Wälfürer haben mit solchen Verwundeten nichts zu tun. Zu ihren Schreibtischen kommen sie nicht. Sie sind nur unerfreulicher Anblick unglücklicher Frauen, die sich nie zu so heldischer Kriegsbetrachtung „aufschwangen“, wie Frau Tonia. Aber eh' Sie wieder einmal zwischen dem unblutigen Nachkriegsstand und dem blutigen Kriegsvergleich anstellen, liebe Thomas-Thonie, erwägen Sie, ob nicht das unblutige Elend der Nachkriegszeit irgendwie zusammenhängt mit dem Krieg, ob es deshalb nicht etwas absonderliches ist, zu fragen, was besser: der Krieg oder seine Folgen, — ja ob es nicht auf das Vorhandensein der von Ihren Parteifreunden so oft behaupteten Unmöglichkeit der Frauen Schlüsse liegt — sie ist vielleicht Charaktereigenschaft deutschblütiger Frauen und Jungfrauen? — daß sie Ursache und Wirkung nicht zeitlich nacheinander, sondern nebeneinander stellen und vergleichen?

Ursache und Wirkung.

1 Zentner Kofs = 7,20 Goldmark.

Die lumpige Papiermark verschwindet allmählich aus den Kontobüchern der Geschäftswelt. In den Preislisten der Industrie und des Großhandels kennt man das Zahlungsmittel des armen Mannes schon längst nicht mehr. Dort wird nach Gulden, Dollar, englischen Pfunden, Schweizer Franken oder Goldmark gerechnet. Das heißt, du mußt für die Ware soviel „Pfund“ hochbeizigter deutscher Papiercheine bezahlen, wie der Lieferant am Tage des Einganges des Geldes gebraucht, um Deinen im gleichen Betrage dafür kaufen zu können. Erhält nun ein Detaillist eine Ware just an dem Tage, an dem der Dollar auf 110 steht und geht das Geld erst 5-8 Tage später ein — solange braucht Post- oder Banküberweisung — dann zahlst du, falls der Dollar bis dahin nach oben tanzt, nicht den Wert von 110 Millionen pro Dollar, sondern eben den Kurs an dem betreffenden Tage, also vielleicht 30 oder 50 Millionen pro Dollar mehr. Das bedeutet für den Verkäufer oder Großhändler ein risikoloses Geschäft, für den Wiederverkäufer eine Angst und für den Verbraucher den Ruin. Denn dieser lebt ausschließlich von der Papiermark, die er in der Regel nach dem Verkauf seiner Arbeitskraft erhält, während andere die Ware nicht aus der Hand geben, ehe sie die wertbeständigen Devisen für die Papiermark eingetauscht haben.

Diese Rechnungsart hat es bewirkt, daß der für Lohn und Gehalt arbeitende Verbraucher immer mehr auf den Hund kam. Bei diesem doppelten Währungssystem muß er trotz aller Lohn-erhöhungen von Stufe zu Stufe sinken, d. h. seinen Verbrauch einschränken oder den Kauf bald mit diesem oder jenem notwendigen Gegenstand aufgeben.

Nun kommt das Tollste: seit einiger Zeit wird die Kohle nach Goldmark berechnet. Wir lesen z. B. gestern, daß der Preis für einen Zentner Braunkohls auf 7,20 Goldmark festgesetzt wurde, die Goldmark berechnet zu einem Viertel Dollar und zum Kurs „des dem Tage der Bezahlung vorausgegangenen Tages“.

In reines Deutsch übertragen heißt dies: du kaufst heute einen Zentner Kofs. Der Dollarkurs notierte am Donnerstag amtlich 142 Millionen. Danach beträgt eine Goldmark 34,08 Millionen, und 7,20 Goldmark 245,376 Millionen Mark. Also: Zweihundertfünfundvierzig Millionen dreihundertsechzig- siebzigtausend Mark kostet heute ein Zentner Kofs.

Die Rechnung ist glatt und sauber kalkuliert. Nur hat sie den Fehler, daß sie morgen schon nicht mehr stimmt, wenn der Dollar heute wieder Querschieber bekommen sollte. Eine Preissteigerung ungeheurer Art, die sich alsbald im Gas-, Strom- und Wasserverbrauch ebenso fabelhaft auswirken wird, und die sich sofort in der verarbeitenden Industrie Geltung verschafft. Die preissteigernde Tendenz bis zum Verbraucher haben wir bereits oben gestreift.

Die Wirkung dieser Rechnungsart kennen wir also. Vergegen wir deren Ursache nicht. Die deutschböhmische Presse schiebt sie dem Dolchstoß und der Revolution zu. Die tendenziösen Lübecker Anzeigen — „Seubal“, weil sie mit angeborener Arroganz an den wirklichen Geschäften dreist und unehrlich vorbeistreichen — lassen am Donnerstag wieder etwaaß den

Bären springen und schieben alle Schuld auf die Franzosen und Marxisten, vermerken scheinheilig alles „Materielle“ und schreiben nach Revanche. Es wird nur allzu leicht vergessen, warum wir seit der „Revolution“ immer mehr bergab laufen und gerade mit dem Urprodukt Kohle so in Schmutz geraten sind. Wenige Tage vor der „Revolution“ hat militärischer Uebermich beim Rückzug aus Frankreich 27 Kohlenruben sinnlos zerstört, so daß sie auf Jahre hinaus förderungsfähig waren. Daher hat Frankreich so gewaltig Ertrag gefordert, wurde die Kohle bei uns knapp und deshalb muß das deutsche Volk sie so teuer bezahlen. Mit jedem Tage des Ruhrabenteuers wurde die Kohle noch kostspieliger. Die nationalitätlichen Blätter inklusive der Lübecker Anzeigen mit ihren Kranhals, Stavenhagen, Hofmeister und jeglichen politischen Nullen vertreten seit je den Standpunkt der Nachkultivierten und Wiedervergeltungs-menschen, der Antichristen, die lieber von Wälfürerverbänden Gitt-gasen träumen als Steuern bezahlen, um das Volk aus Not und Tod herauszuführen. Sie versuchen es noch weiter ins Unglück zu treiben. Es wird aber niemals vergessen, daß Herrschicht und Unterdrückungswille eigenen und fremden Wälfürer gegenüber und mangelnder Opferstimm die Ursachen des Elends sind, in dem sich das deutsche, schaffende, friedliebende Volk seit neun Jahren befindet.

Waldarbeiten.

Die Baubehörde hat den Antrag gestellt, die Aufhebung von etwa 13,50 Hektar sumpfigen Geländes beiderseits des Landgrabens zwischen dem Grönauer Baum und der Wakenitz und die Kultivierung des Ruhrbrookmoors bei Wesloe als Notstandsarbeiten zur Ausführung zu bringen.

Die zu beiden Seiten des Landgrabens, der unterhalb des Grönauer Baumes in die Wakenitz fließt, und die an der Wakenitz selbst liegenden Niederungen ergeben in ihrer jetzigen Beschaffenheit fast keinerlei Nutzen. Durch die Aufhebung werden diese Niederungen in ertragreiche Wiesen umgewandelt. Die jährlichen Erträge werden auf etwa 1350 Zentner Heu geschätzt. Das Ruhrbrookmoor umfaßt eine Fläche von 25,7 Hektar, und zwar 18,7 Hektar höher gelegenes Moor und 7 Hektar ausgehöhtenes Torfmoor. Der jetzige Ertrag besteht in etwa 1300 Zentnern Heu und in etwa 200 Zentnern Streu. Nach der Kultivierung, die besonders in der Regulierung und Verlagerung der vorhandenen Borflut, Herstellung von 2700 laufenden Metern Abzugsgräben, Zuschüttung von Torfschürren und im Roden und Einleiten einer 7 Hektar großen Fläche zur Anlaß heischen wird, wird mit einem Ertrage von etwa 2500 Zentnern Heu zu rechnen sein.

Die Kosten für die Aufhebung des Geländes beiderseits des Landgrabens zwischen dem Grönauer Baum und der Wakenitz sind von der Baubehörde auf rund 315 Millionen Mark und nach Abzug des vom Reich zu gewährenden Zuschusses auf

201 Milliarden Mark geschätzt. Nach der Schätzung der Baubehörde betragen die Kosten für die Kultivierung des Ruhrbrookmoors ohne Kunstböinger und Einlaß 77 Milliarden Mark und nach Abzug des Reichszuschusses 61,4 Milliarden Mark. Die Kosten für die später noch auszuführende Düngung und Einlaß betragen jetzt etwa 50 Milliarden Mark. Den Kostenrechnungen ist ein Stundenlohn von rund 4 Millionen Mark zugrunde gelegt.

Inzwischen sind jedoch die Löhne auf das 4½fache (gleich 18 Millionen Mark für die Stunde) gestiegen, so daß sich der von der Baubehörde errechnete Geldbedarf statt auf 201 Milliarden Mark und 111,4 Milliarden Mark auf 904,5 Milliarden Mark und 501,3 Milliarden Mark erhöht.

Der Senat stellt einen dementsprechenden Antrag zur Mit-genehmigung der Bürgerschaft.

Butter- und Milchpreis unverändert. Wie am Montag, so haben auch am Donnerstag die Hamburger Notierungskommissionen für Butter und Milch die Preise unverändert gelassen.

Alte Tausendmarkcheine. Wie das „Hamb. Fremdenbl.“ berichtet, sind hier durch die Kriminalpolizei in den letzten Tagen ganze Stapel von roigestempelten alten Tausendmarknoten beschlagnahmt worden. Im „General-Anzeiger“ war ein Inserat erschienen, wonach solche Noten mit einem kolossalen Aufwande gesucht wurden. Die Polizei beschlagnahmte die eingehenden Offerten und bewirkte dann das weitere. Die Polizeibehörde stützt sich hierbei auf ein Gesetz vom 1. März 1919, wonach es verboten ist, Banknoten oder Darlehnsausweise von 20 Mark an aufwärts mit Aufgeld zu kaufen, zu verkaufen, anzubieten oder feilzulegen. In diesem Falle können die Noten nicht nur beschlagnahmt werden, sondern der Schuldige kann auch mit Gefängnis und Geldstrafe bestraft werden. Die Beamten konnten in einzelnen Fällen bis zu 150 Stück auf einmal beschlagnahmen.

Der Goldumschlag für die Landabgabe beträgt für die Woche vom 29. September bis 2. Oktober einschließlich 31 990 000.

Aus dem Polizeibericht. Um ein sicheres Unterkommen zu finden, verschlugen zwei belästigtes- und wohnungslos- Arbeiter mehrere Fensterhebel eines Privatbaues. Sie wurden festgenommen. — Festgenommen wurde ein Seemann aus Kram-messe, der hier drei geschlachtete Gänse zum Kauf anbot, die einem Landmann in Hessebach gestohlen wurden. — Wegen zahlreicher Betrübungen festgenommen wurde ein Hausbesitzer von hier. — Aus einer Scheune am Rosenkammer wurden mittels Einbruches ein Paar lüne Gummistiefel gestohlen. — Aus einem Hause an der Wakenitz wurde Silbernes Besteck gestohlen. — Aus einem Hause in der Breiten Straße wurde ein Fahrrad, Marke „Torpedo“, gestohlen.

Das neue Wohnungsrecht.

1. Das Mieterchutzgesetz.

Unter den am 1. Oktober in Kraft tretenden neuen Wohnungsgesetzen steht voran das neue Reichsgesetz über Mieterchutz und Einigungsämter, zu dem die Lübecker Ausfüh-rungsbestimmungen schon erschienen sind. Die wichtigste Neuerung, die das Gesetz bringt, ist die, daß bei der drohenden Mehrheit der Häuser in Zukunft eine Kündigung des Mieters durch den Vermieter nicht mehr erfolgen kann, auch nicht mehr mit Zustimmung des Mieteinigungsamtes, sondern daß in allen Fällen, in denen der Mieter nicht freiwillig seine Räume hergibt, vom Vermieter die Mietaufhebungsfrage beim Gericht erhoben werden muß. Das gilt nicht nur für Wohnungen, sondern auch für einzelne möblierte oder leere Zimmer und auch für gewerbliche Räume jeder Art, wie Läden, Bureaus, Werkstätten, Lageräume usw. Auf die Rechte, die ihm hiermit eingeräumt werden, kann der Mieter gültig nicht verzichten. Auch Konventionalstrafen und dergleichen, die den Mieter an der Ausübung seiner Rechte hindern sollen, sind ungültig.

Die Gründe, auf welche die Klage auf Mietaufhebung gestellt werden kann und aus denen eine Verurteilung zur Räumung ausgesprochen werden kann, sind im wesentlichen dieselben, die schon bisher beim Einigungsamt zur Genehmigung der Kündigung führen. Das Gesetz unterscheidet drei Fälle:

Der erste Grund ist eine erhebliche Belästigung des Vermieters oder eines Hausbewohners durch den Mieter, einen Familienangehörigen oder einen Angestellten desselben bzw. erhebliche Gefährdung des Gebäudes durch unangemessenen Gebrauch des Mietraumes oder Vernachlässigung der gebotenen Sorgfalt durch diese Personen, endlich unbefugte Überlassung des Gebrauchs des Mietraumes an einen Dritten. Voraussetzung ist Fortsetzung des Verhaltens ungeachtet einer Abmahnung des Vermieters, es sei denn, daß das Verhalten derart war, daß dem Vermieter die Fortsetzung nicht zugemutet werden kann, z. B. weil er durch den Mieter in gefährlicher Weise tätlich angegriffen ist. Ein Verstoß des Vermieters schließt die Klage aus, ebenso das Verstreichenlassen eines gewissen Zeitraumes durch den Vermieter.

Der zweite Aufhebungsgrund ist der Zahlungsverzug. Der Mieter, der wöchentlich oder monatlich zahlt, muß mit zwei Monatsraten im Rückstand sein. Der Mieter, der vierteljährlich oder in längeren Zeitschritten zahlt, muß mit einem Vierteljahrbetrag im Rückstand sein; im Falle der Auszahlung ist hier bei einmalkem Rückstand aber die Klageerhebung erst vier Monate nach Fälligkeit zulässig.

Endlich kann der Vermieter auf Aufhebung klagen, wenn für ihn aus besonderen Gründen ein so dringendes Interesse an der Erlangung des Mietraumes besteht, daß auch bei Berufstätigkeit der Verhältnisse des Mieters die Verrenthaltung eine schwere Unbilligkeit für den Vermieter darstellen würde. Erhebliche Aufwendungen des Mieters für die Räume sind zu seinen Gunsten zu berücksichtigen. Bei diesem Aufhebungsgrund wird es sich meistens um die Absicht des Vermieters handeln, die Räume selbst in Gebrauch zu nehmen oder einem Angehörigen zum Gebrauch zu überlassen. Diese Absicht allein soll jedoch die Aufhebung nicht rechtfertigen, sondern es müssen jedes mal besondere Gründe dazu kommen, aus denen sein Interesse dasjenige des Mieters an den Räumen überwiegt. Das Gericht kann hier die Aufhebung auf einen Teil der vermieteten Räume beschränken, in dem es z. B. dem Vermieter zur Vergrößerung seiner Wohnung z. B. ein Bedenzimmer des Mieters zurpricht.

Im Falle des dritten Kündigungsgrundes, in dem sich also der Mieter nichts hat zufinden können lassen, können auch die Umzugskosten des Mieters sowie die Prozeßkosten ganz oder teilweise dem Vermieter auferlegt werden. Bei diesem Kündigungsgrund kann auch das Mietaufhebungsamt nur vollstreckt werden, wenn für den Mieter ein unter Berufstätigkeit seiner Wohn- und Geschäftsbedürfnissen angemessener Ersatzraum gesichert ist. Auch wenn die Mietaufhebung wegen Verschuldens des Mieters erfolgt, kann, wenn dies zur Vermeidung unbilliger Härten erforderlich erscheint, die Zwangsvollstreckung von der Sicherung eines mindestens ausreichenden Ersatzraumes abhängig

gemacht werden. Ist die Vollstreckung eines Urteils von einem solchen Vorbehalt abhängig gemacht, so ist das Wohnungsammt, soweit es sich um Wohnungen handelt, verpflichtet, beizutreten, dem Mieter entsprechende Ersatzraum zurufen, d. h. es wird den verurteilten Mieter in die Dringlichkeit aufnehmen. Freilich werden bei dem heutigen Mangel an Wohnungen auch dann noch voraussichtlich Monate, unter Umständen Jahre vergehen, bis der betreffende Mieter eine Ersatzwohnung erhält, es sei denn, daß seine bisherige Wohnung zum Tausch frei wird und sich auf dem Wege des freiwilligen Wohnungswechsels keine anderweitige Unterbringung ermöglicht. Erhebt der Mieter gegen die ihm zugewiesenen Ersatzräume Einwendungen, so entscheidet über deren Berechtigung das Mieteinigungsamt ergültig. In dieser Stelle ist also auch in dem neuen gerichtlichen Verfahren dem Einigungsamt wieder ein Platz eingeräumt. Man kann nicht sagen, daß das Verfahren dadurch an Heberhöflichkeit und Einheitslichkeit gewinnt.

Die Ausfichten, daß ein Vermieter, der die Kosten und Unbequemlichkeiten eines Prozesses auf sich nimmt, schnell zu seinem Ziel, nämlich zu einem vollstreckbaren Urteil gegen seinen Mieter gelangt, sind also auch unter der Herrschaft des neuen Gesetzes gering. Besteht eine Möglichkeit zu einer gütlichen Einigung mit dem Mieter ohne Prozeß, so empfiehlt es sich jedenfalls, diesen Weg zu beschreiten. Das ermöglicht das Gesetz einmal dadurch, daß es anordnet, daß beide Parteien die Bestimmung eines Termins zum Zweck eines gerichtlichen Sühnevertrages beim Amtsgericht beantragen können, aber auch beim Einigungsamt (Wohlfahrtsamt) können solche Sühneverträge nach wie vor stattfinden und auch zu einem vollstreckbaren Vergleich führen. Wer aber unter allen Umständen versuchen will, zum 1. Januar 1924 ein Urteil auf Mietaufhebung zu erzielen, muß, wenn gerichtliche Kündigung vorgesehen ist, die Klage auf Aufhebung zwischen dem 1. und 3. Oktober beim Amtsgericht erheben. — Das Amtsgericht entscheidet über die Mietaufhebungsfrage unter Zuziehung von je einem Vermieter und Mieter als Zeitschlichter, ebenso wie bisher das Einigungsamt. Die Zeitschlichter werden von den Vereinen der Grundbesitzer und Mieter vorgeschlagen und vom Präsidenten des Landgerichts ernannt.

Besondere Bestimmungen trifft das Gesetz noch für die sogenannten Werkwohnungen, d. h. Wohnungen, die nur mit Rücksicht auf ein zwischen den Vertragspartnern bestehendes Dienst- oder Arbeitsverhältnis überlassen sind. Wird hier das Arbeits- oder Dienstverhältnis nicht vom Mieter selbst oder durch sein Verschulden beendet, so dauert der Mieterhitz auch über die Beendigung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses hinaus fort. Einen Mietaufhebungsgrund bildet allerdings auch das dringende Bedürfnis der Unterbringung des Nachfolgers des Mieters in der Wohnung. Hier können beide Teile verlangen, daß die Zwangsvollstreckung des Urteils anstatt von der Sicherung eines Ersatzraumes von der Zahlung eines angemessenen Geldbetrages abhängig gemacht wird. — Auch auf Untermietverhältnisse findet der oben geschilderte Mieterhitz Anwendung. Es genügt hier zur Aufhebung, daß der Untermieter ein begründetes Interesse an der Erlangung des Raumes hat. Die Erlaubnis des Hauptvermieters zur Untervermietung kann nach wie vor vom Mieteinigungsamt erlegt werden, wenn der Hauptvermieter sie nicht aus einem wichtigen Grunde verweigert. — Eine wichtige Bestimmung betrifft die Mietzahlungsstermine. Es kann nämlich, wenn die Miete nach einem längeren Zeitschnitt als einem Vierteljahr bemessen war, der Vermieter verlangen, daß vierteljährlich gezahlt wird, ja Vermieter und Mieter sind sogar jeder berechtigt, zu verlangen, daß in Zukunft monatlich gezahlt wird, eine Befugnis, von der die Mieter im Falle der Vorauszahlung angefaßt der erheblichen Mieterhöhung zum Oktober voraus-sichtlich in vielen Fällen Gebrauch machen werden. — Sehr wichtig ist auch die Bestimmung, daß ein Mietvertrag überall da überhaupt nicht als vorstehend erachtet wird, wo er nicht die Genehmigung des Wohnungsamtes oder Einigungsamtes gefunden hat, vorausgesetzt, daß diese erforderlich war. Eine solche Genehmigungspflicht für Mietverträge über Wohnräume aller Art besteht in Lübeck seit dem 27. August 1919. Früher aberschloß-

Mietverträge sind ohne weiteres gültig, später abgeschlossene Verträge jedoch, die nicht genehmigt sind, sind überhaupt wirkungslos, d. h., weder Vermieter noch Mieter können sich auf den Vertrag berufen, der Mieter genießt keinen Mieterschutz und kann daher durch gewöhnliches Räumungsurteil herausgeholt werden. Es empfiehlt sich in solchen Fällen, die Genehmigung des Wohnungsamtes nach nachträglich herbeizuführen. Den Antrag kann auch der Mieter stellen, soweit das Einverständnis des Vermieters mit der Vermietung nachgewiesen wird. Ein schriftlicher Mietvertrag ist nur dann erforderlich, wenn die Vermietung gleich für mehrere Jahre fest abgeschlossen ist.

Die neuen Postgebühren.

Gültig ab 1. Oktober.

Die Preise sind in 1000 Mark. Die wesentlichsten Gebühren, die vom 1. Oktober an im Post- und Postfachverkehr gelten, sind folgende:

- Inland:**
- Postkarten: im Ortsverkehr 400, im Fernverkehr 800.
 - Briefe im Ortsverkehr: bis 20 Gramm 800, über 20 bis 100 Gramm 1200, über 100 bis 250 Gramm 2000, über 250 bis 500 Gramm 2400.
 - Briefe im Fernverkehr: bis 20 Gramm 2000, über 20 bis 100 Gramm 2800, über 100 bis 250 Gramm 3200, über 250 bis 500 Gramm 3600.
 - (Für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Eineinhalbfache des Fehlbetrages, unter Aufzählung auf eine durch 1000 teilbare Marksumme, nachgehoben.)
 - Drucksachen: bis 25 Gramm 400, über 25 bis 50 Gramm 600, über 50 bis 100 Gramm 1200, über 100 bis 250 Gramm 2000, über 250 bis 500 Gramm 2400, über 500 bis 1 Kilo 3000.
 - Geldbriefe und Mißsendungen: bis 250 Gramm 2000, über 250 bis 500 Gramm 2400, über 500 bis 1 Kilo 3000.
 - Warenproben: bis 100 g 1200, über 100 bis 250 g 2000, über 250 bis 500 g 2400. (Nichtfreigemachte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden nicht befördert. Für unzureichend freigemachte Sendungen dieser Art wird das Eineinhalbfache des Fehlbetrages, unter Aufzählung auf eine durch 1000 teilbare Marksumme, nachgehoben.)
 - Päckchen: bis 1 kg 4000.
 - Pakete: 1. Zone (bis 75 km) bis 3 kg 4500, über 3 bis 5 kg 7000. 2. Zone (über 75 bis 375 km) 9000, über 3 bis 5 kg 14000. 3. Zone (über 375 km) bis 3 kg 9000, über 3 bis 5 kg 14000.
 - Vertreibungen (Wertbriefe und Wertpakete): die Gebühr für eine einschaltige eingeschriebene Sendung (bei unversiegelten Wertpaketen wird die Einschreibgebühr aber nicht erhoben) und die Versicherunggebühr, die beträgt bei Wertbriefen und versiegelten Wertpaketen: für je 1 Million Mark der Wertangabe oder einen Teil von 1 Million 20 000 Mk., bei unversiegelten Wertpaketen (zugelassen bis 500 Millionen Mark): 10 000 Mk.
 - Postanweisungen: bis 50 Mill. Mk. 400, über 50 bis 100 Mill. Mk. 1000, über 100 bis 250 Mill. Mk. 2000, über 250 bis 500 Mill. Mk. 3000, über 500 bis 1000 Mill. Mk. 4000, über 1000 bis 2000 Mill. Mk. 6500, über 2000 bis 3000 Mill. Mk. 7000, über 3000 bis 4000 Mill. Mk. 8500, über 4000 bis 5000 Mill. Mk. 9000.

Arbeiter, Parteigenossen!

Die Reaktion ist bereit, um der Republik an die Kehle zu springen. Im Süden Deutschlands lobt der Faschismus, durchstreifen deutschvölkische Horden das Land. Ihre Gefinnungsgenossen im übrigen Deutschland lauern mit Wollust, um den Hitlerbanden die Hand zu reichen.

Arbeiter, Parteigenossen, Republikaner! Steht treu zur Sache. Es geht nicht nur um die Staatsform, es geht um Freiheit und Recht. Kein Proletarier darf beiseite stehen; er würde nur den Gegner stärken und die eigenen Reihen schwächen.

Schließt die Reihen! Werbt für eure Presse! Stärkt den Kampffonds!

Aufnahmen für die B.S.P.D. werden im Sekretariat, Johannisstraße 48 I, entgegengenommen.

10000. (Der Meißbetrag ist von 500 Millionen auf 5000 Millionen Mark erhöht.)

Die Einschreibgebühr ist auf 2 Millionen Mark, die Vorzeigebühr für Rechnungen und Postaufträge auf 1 Mill. Mark festgesetzt.

Für die Gilaufstellung sind bei Vorauszahlung zu entrichten: für eine Briefsendung nach dem Ortszustellungsbezirk 4000, nach dem Landzustellungsbezirk 12000, für ein Paket nach dem Ortszustellungsbezirk 6000, nach dem Landzustellungsbezirk 16 000. Die Zuschlaggebühr für jede postlagernde Sendung beträgt 100 000 Mark.

Die Telefongebühr beträgt für ein Ortsgespräch von einer öffentlichen Sprechstelle aus 4 Millionen Mark. Für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer werden erhoben bei einer Entfernung bis zu 5 Kilometer einschließlich 4 Millionen, von mehr als 5 bis 25 Kilometer einschließlich 8 Millionen, von mehr als 25 bis 50 Kilometer einschließlich 12 Millionen, von mehr als 50 bis 100 Kilometer einschließlich 24 Millionen, von mehr als 100 bis 200 Kilometer einschließlich 26 Millionen Mark, darüber für jede angefangene 100 Kilometer 12 Millionen Mark mehr. Für dringende Gespräche das Dreifache, Blitzegeheim das Hundertfache der Gesprächsgebühr für ein gewöhnliches Ferngespräch. — Im Telegrammverkehr sind die wichtigsten Gebührensätze für Ferntelegramme: Grundgebühr 6 Millionen und außerdem für jedes Wort 3 Millionen; für Ortstelegramme: Grundgebühr 3 Millionen und außerdem für jedes Wort 1 Million.

Ausland:

Die Auslandsgebühren betragen vom 1. Oktober an: Postkarten 3600, jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 2700, Briefe bis 20 g 6000, jede weiteren 20 g (Reisgewicht 2 kg) 3000. Drucksachen für je 50 g 1200.

Abermals verteuerte Eisenbahnsfahrten.

Die Schlüsselzahl für den Eisenbahngütertarif bleibt einwachsen unverändert. Die Schlüsselzahl für den Personen- und Gepäcktarif wird ab 2. Oktober auf 30 Millionen, d. h. um 50 Prozent erhöht. In der viertägigen Gültigkeit der Fahrkarten tritt keine Änderung ein.

Barlöhne der Landarbeiter.

Da auf Grund der 19. Zusatzvereinbarung ein Lohnabzug nach einem einmaligen Fall der Roggenpreises nicht in Frage kommt, so gilt für die Lohnzahlungen am 28. bzw. 29. September nochmals dieselbe Roggennotierung in der Höhe von 290 Millionen plus 25 Prozent pro Zentner, also pro Pfund 3 625 000 Mark. Dieser Satz hat Gültigkeit für alle Landarbeitergruppen, die unter den Provinzial-, Dithmarscher und Jelmanner Tarifverträgen fallen.

H. Janatheater. Der Gauklerkönig, Operette von Gilbert.

Die Bewerfung zwischen König und Komödiant, geistreich und fein behandelt in Arnims Novelle „Fürst Ganzgott und Sänger Halbrott“ hat hier das Thema gegeben; so wird unter Benutzung einer etwas grobdrähtigen Intrigue fahrendes Volk (von der Art, die das Warnungssignal trägt: „Achtung, die Wäpche weg, die Komödianten kommen“) ergötzt geschildert. Eine mit sicherer Hand gemachte gefällige Musik, die sich nirgends aufdrängt, begleitet die drei Akte. Der Beifall war dort am lautesten, wo die Darbietungen in Varieteeigenschaften hinüberglitten. Hier sollte sich Herr Bahl, so gern man seine drolligen und ungezwungene Komik beachtet und belobt, etwas Zurückhaltung auferlegen. Unwichtig und derb zupassend spielte auch Fräulein Pilz (als Sängerin weniger erfreulich) das Komödiantenkind, gleich wirkungslos unterstützt von ihrem Partner Herrn Kain, der die Welken der Könige und Kärner mit klarer Charakterisierung trennte. Fräulein Erna Schläuter als feines Prinzesschen mit dem schönen Märchennamen Solante und Herr W. Horst als Adjutant gaben ihrer Darstellung vornehm und feineres Relief; auch ihre gesanglichen Leistungen verdienten Anerkennung.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadtheater. Heute Abend Nachvorstellung *Valerka* Gert. Sonnabend, 7 Uhr abends, „Rosentanz“ mit Frau Winterhild-Dorba als „Feldmarschallin“ und Herrn Herbert Stod von der Berliner Staatsoper als „Dohs von Perchenau“. Sonntag vormittag 11 Uhr Hauptprobe zum Sinfoniekonzert.

Angrenzende Gebiete.

Schwartz-Riesefeld. Eine wichtige Parteiverammlung findet am Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, im Gasthof Transvaal statt. Vortrag vom Genossen Weich-Lübeck. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen.

P. Bad Schwartzau. In der Stadtratsitzung vom 25. September wurden als Vertrauensleute zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen die Herren Lagerhalter Th. Wulf und Malermeister Scharf gewählt. — Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Wiederherstellung eines Lokals am Riesebuschplatz an Stelle der abgebrochenen Riesefeldhalle wurde einstimmig angenommen und der Magistrat ersucht, sofort mit der Regierung und dem Landesvorstand in Verbindung zu treten. — Die Kindertruppe wird dem städtischen Pflegeauschuss angegliedert. — Die Hundesteuer wird (als Zuschlag ab 1. Juli) folgendermaßen festgesetzt: 1. Hund 10 000 000, 2. Hund 100 000 000, 3. Hund 300 000 000. — Gewerbesteuer: 3facher Zuschlag zur staatlichen Gewerbesteuer. — Grundsteuer: 2fache bisherige Grundsteuer mal Reichsindexmultiplikator. — Gebäudesteuer: ein Zehntel der bisherigen Gebäudesteuer mal Reichsindexmultiplikator. — Ein Antrag des Erwerbslosenrates betreffs Sitz und Stimme im Stadtrat verfiel gegen die Gemeindevorstandung und wird abgelehnt. — Folgende Anträge der sozialdemokratischen Fraktion werden angenommen: Den Erwerbslosen einen Mietzuschuß für September und Oktober zu bewilligen. Ein Antrag, alle Minderbemittelten in genügendem Brennmaterial zu versorgen, soll der Regierung unterbreitet werden. Da die Stadt in Konflikt mit den Torflieferanten gekommen ist, sieht die Versorgung mit Brennmaterial für die Minderbemittelten sehr schlecht aus. — Beim Antrag auf Änderung der Baupolizeiverordnung wies der sozialdemokratische Sprecher darauf hin, daß sich hier die Spekulation breit mache. Werfstätten usw. würden abgebrochen, in denen mit Leichtigkeit Wohnungen zu errichten wären. Dafür würden Mietshallen usw. gebaut, obgleich die Wohnungsnot hier zum Himmel schreie. Wir schenken dem Wohnungsamt kein Vertrauen mehr und fordern, daß die Entwertung von Gebäudeanteilen nur mit Zustimmung des Stadtrats vorzunehmen ist. Der Antrag wird angenommen und die Änderung der Baupolizeiverordnung der Baukommission und dem Magistrat übertragen. — Das Angebot des Landesverbandes, das Torfmoor in städtische Regie zu übernehmen, wird angenommen. — NB. Sätte man vor zwei Jahren den gleichen sozialdemokratischen Antrag im Stadtrat angenommen, dann brauchten sich die Minderbemittelten diesen Winter nicht die Füße steif frieren zu lassen, weil sie restlos ohne jegliche Feuerung sind und schließlich auf Belieferung durch die Stadt rechnen können. — Die Bureaukunden werden, mit Ausnahme des Sonnabends von 11 bis 1 Uhr vormittags und von 4 bis 6 Uhr nachmittags festgelegt. Die Stadtkasse ist hierin nicht mit einbezogen. — Der Regierungspräsident regt eine allgemeine Notstandsaktion für die Erwerbslosen an. Ferner liegt ein Antrag der Gewerkschaften vor zur Errichtung einer Volkshilfe für die Kinder der Minderbemittelten. Der Magistrat wird die Regierung sofort benachrichtigen, daß der Stadtrat mit den Vorschlägen einverstanden ist und die Vorbereitungen sofort getroffen werden können. Ferner verweist der Stadtrat die Regierung auf die vorerwähnten Notstandsarbeiten hin, um wenigstens die kinderreichen Erwerbslosen in Arbeit zu bringen.

Schönberg. Von einem Wilddieb angegriffen.

Gelegentlich eines Revierganges im Rüpendorfer Holz wurden der Förster Schulz und der Revierförster Behrendt, beide aus Schönberg, von einem Wilddieb durch zwei Oberschenkelwunden schwer verletzt. Die Schüsse rührten offenbar aus einem Militärkarabiner her, der mit abgefeilten S-Geschossen (sog. Dum-Dum-Geschossen) geladen war. Der bereits verwundete Jäger B. schloß zwar nach dem schießenden Wilddieb, als er in der Dichtung verschwand, traf ihn aber nicht.

Sport.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“. Monatsprogramm: 7. 10. Falkenhulen. Tr. 1 1/2 Uhr Mühlentorbrücke. Führer E. Himmeler. 14. 10. Behn-Turm-Gothmund. Tr. 1 1/2 Uhr Burgtorbrücke. Führer E. Schöning. 21. 10. Mägdebachquelle. Tr. 1 1/2 Uhr Burgtorbrücke. Führer Kirchner. 28. 10. Wüstenei. Tr. 1 1/2 Uhr Bahnhof. Führer Mollenhauer. 3. 10. Vorstandssitzung. 10. 10. Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, abends 7 1/2 Uhr. Führerung fällt aus. Volkstanzgruppe: Jeden Freitag: Neben der Reigentänze in der Turnhalle des Lehrerseminars, Langer Lohberg 20. Jugendgruppe: Jeden Mittwoch Zusammenkunft im Vereinsheim, Johannisstraße 64 I. (6952)

Amtlicher Teil

Lübecker Straßenbahn.

Fahrtpreise ab 29. September 1923:

a) Einzelfahrtsticket:

- bis zu 2 Zonen 5 Millionen
- für 3 und 4 Zonen 7 1/2
- für 5 und mehr Zonen 10

b) Monatskarten:

- bis zu 2 Zonen 2mal Fahrt . 210 Millionen
- 4mal Fahrt . 400
- für 3 u. 4 Zonen 2mal Fahrt . 310
- 4mal Fahrt . 600
- für 5 u. mehr Zon. 2mal Fahrt . 410
- 4mal Fahrt . 900

c) Jugendfahrtscheine: je . 2 1/2 Millionen.

d) Gepäckkarte und Spende: . 5 Millionen.

Die gegenwärtig im Verkehr befindlichen Jugendfahrtscheine und Fahrkarten für Behörden der Serie 24 sind bis einschl. 1. Oktober gültig und hat der Umtausch

a) der Jugendfahrtscheine an unserer Hauptkasse, Mengstraße 26, Zimmer 3, im Büro der Verwaltung, Hoehstraße Nr. 24 oder durch Brief.

b) der Behördenkarten an unserer Hauptkasse Mengstraße 26, Zimmer 3 gegen Serie 25 zu erfolgen.

Die Fahrkarten für Schwerebeschädigte der Serie 24 verlieren mit Ende des Monats ihre Gültigkeit und hat der Umtausch gegen neue Karten für den Monat Oktober bei der Hauptkassenscheinstelle für Schwerebeschädigte zu geschehen.

Lübeck, den 28. September 1923. (6979)

Während der Dauer der gleichzeitigen Abwesenheit des Senators Löwigt und des Stadtrates Dr. Geise ist Senator Friedrich der Theaterbehörde beigeordnet und ihm der Vorsitz in dieser übertragen worden. (6967)

Zwölfter Nachtrag

zu der Verordnung vom 5. Juni 1920, betreffend den Markt am Postamt.

Zu § 4 Ziffer 3 Satz 1 werden die Beträge von 2 000 000 Mk. und 1 500 000 Mk. erhöht auf 4 000 000 Mk. und 3 000 000 Mk. (6996)

Lübeck, 28. Sept. 1923. Das Polizeiamt.

Der Senat hat in Rücksicht auf die Aufhebung der Baugewerkschule den Oberlehrer an der Baugewerkschule Studentent Billy Nacht zum 30. September 1923 einstweilen in den Ruhestand versetzt. (6984)

Höchstpreis

ab 28. September 1923:

Roggenbrot: 1900 Gr. . 16 500 000

Gerstbrot: 1900 Gr. . 17 500 000

Feinbrot: 1500 Gr. . 17 500 000

Angebote des Brotes in der Woche vom 28. Sept. bis 5. Okt. 1923 auf Absatz XX. (6983)

Lübeck, d. 28. Sept. 1923.

Nichtamtlicher Teil

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Am 28. 9. verstarb unser langjähriger Beitragskassierer f. d. Bezirk Fachsenburg

Johannes Stau.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten. (6976)

Die Beerdigung erfolgt am Sonntag abends, den 29. nachmittags 1 1/2 Uhr von der Kapelle d. Stadtkirchhofes Friedhof.

Notgenmädchen

gefrucht (6977)

Gebrüderstr. 20 I.

Laden zu vermieten. 3-Zimmer-Wohnung zu tauschen. Näh. Johannisstraße 37/3. (6958)

Sozialdemokratischer Verein für Stockelsdorf u. Umg.

Am 26. 9. starb unser Genosse

Johann Stau

im 40. Lebensjahr. Ehre seinem Andenken. (6981)

Der Vorstand.

Wer tauscht 2-3-Z. Wohn. geg. große 2-3-Z. Wohn. u. d. Schlammackerstraße? Angebote unter 6 320 an die Exped. (6980)

Zu verkaufen G.-W.-Paletot (6982)

Woislinger Allee 69 pt.

1 Milchziege

tägl. 2 Lit. Milch gebend zu verkaufen. (6989)

Grassstraße 12.

Schöne Ferkel

zu verkaufen. (6996)

L. Stamer, Friedrich-Stamm-Galle.

1 Saß Ferkel.

zu verkaufen. Kläver, Schwartauer Allee 125. (6971)

Neuer Bohnerbesen geg. Leppich zu vert. (6972) Keiserstr. 38 a.

Beddichtrohr-Kinderwagen auf Nickel geg. Damensrad zu vert. Ang. u. G 319 a. d. Exp. (6975)

Eine Fahrradlarbid-Lampe zu kaufen gesucht. (6969) Hundestr. 19.

Der Abendkursus in der Buchhaltung beginnt am Dienstag, d. 9. Okt. 7 1/2 Uhr. (6960)

Karl Hinzpeter Mollstr. 5.

Steppdecken

Anfertigung u. Neuheizen. Spethmann Breitestr. 31. Fernsp. 8659 (6814)

Mantel v. Gold- und Silber-Bruch, Gebisse, einz. Zähne. (6982)

Willi Westfeling (6982)

32 Goldstr. 32

Anzeigen.

die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des „Lübecker Volksboten“ veröffentlicht werden sollen, müssen bis 10 Uhr vormittags in unserer Geschäftsstelle aufgelegt sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher.

Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.

Johannisstr. 46.

Arbeiter-Liederbuch

für Massengesang.

Buchhandlung Friedrich Meyer & Co., Johannisstr. 46.